

Die wirtschaftliche Lage Rußlands Realwirtschaftliche Anpassung

FÜNFTER BERICHT (II. TEIL)

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 21. Dezember 1993 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle damit beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien“ fortzuführen. Die beteiligten Institute haben ihren fünften Bericht über die Wirtschaft Rußlands fertiggestellt.

Der Bericht ist in zwei Teile gegliedert. Der aktuelle Stand der Wirtschaftsentwicklung und der Reformpolitik wurde im ersten Teil des Berichts¹ dargestellt. Der hier vorgestellte zweite Teil des Berichts beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der realwirtschaftlichen Anpassung.

Einleitung

Ein entscheidender Prüfstein für den Erfolg der Transformationsanstrengungen ist in der realwirtschaftlichen Anpassung zu sehen. Der größte Teil dieser Anpassung hat auf Unternehmensebene zu erfolgen, wenngleich auch private Haushalte und der staatliche Sektor einen Beitrag zu leisten haben. Die Hauptaufgabe des Staates liegt in der Schaffung ordnungs- und prozeßpolitischer Rahmenbedingungen, die geeignet sind, die realwirtschaftliche Anpassung auf Unternehmensebene in Gang zu setzen. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik kann die realwirtschaftliche Anpassung verzögern oder ganz verhindern. Neben den

institutionellen Rahmenbedingungen beeinflussen in erheblichem Maße auch übernommene Verhaltensmuster der Akteure und aus der planwirtschaftlichen Vergangenheit herrührende Sachzwänge und Engpässe, etwa der veraltete Kapitalstock, die realwirtschaftliche Anpassung in den Unternehmen. Diese Zusammenhänge sind jedoch sehr schwer zu erfassen, insbesondere da die statistische Infor-

¹ Der erste Teil wurde als Wochenbericht des DIW, Nr. 47-48/1994 veröffentlicht. Der Bericht wurde auch veröffentlicht als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 240-241/1994 und IWH Forschungsreihe 8/1994.

mationsbasis äußerst lückenhaft ist. Im folgenden werden die beobachtbaren Anpassungsprozesse aus mehreren Blickwinkeln betrachtet, um so trotz der unzulänglichen Informationsbasis ein aussagekräftiges Gesamtbild entstehen zu lassen. Die Anpassung wird in ihren sektoralen und regionalen Dimensionen, aus der Eigentumperspektive und schließlich aus der Sicht der Unternehmen beschrieben. Dabei geht es um die Geschwindigkeit der Anpassung, aber auch darum, ob die Anpassung eher aktiver oder passiver Art ist und ob durch ordnungspolitische Vorgaben selbst neue Anpassungshindernisse entstehen.

Anpassung aus sektoraler und regionaler Perspektive

Industrie

Produktion

Seit 1990 ist die Produktion der russischen Industrie kontinuierlich gesunken, allein von 1990 bis 1993 um etwa 40 vH. Dieser Schrumpfungsprozeß hat zwar flächendeckend alle Branchen erfaßt, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Während die Stromerzeugung in diesen vier Jahren um weniger als 10 vH und die Produktion der Brennstoffindustrie ungefähr um 30 vH zurückging, fiel die Produktion in der Chemieindustrie und in der Leichtindustrie auf etwa die Hälfte ihres Ausgangsniveaus. Ähnliche Dimensionen erreichte der Rückgang auch bei der Erzeugung zahlreicher Investitionsgüter durch den Maschinenbau. In den ersten sieben Monaten 1994 kam es zu einem erneuten Produktionsrückgang um ein Viertel, von dem die Leichtindustrie (−45 vH), der Maschinenbau (−42 vH) und die chemische und petrochemische Industrie (−36 vH) am stärksten betroffen waren.

Aufgrund dieser Unterschiede in der Produktionsentwicklung der einzelnen Branchen hat sich die Bedeutung

der Rohstoff- und Energieproduktion in der russischen Industrie weiter verstärkt. Der Anteil der Brennstoff- und Energiezweige an der Industrieproduktion (in Preisen von 1992) erreichte im ersten Halbjahr 1994 31 vH gegenüber 21 vH 1990, während der Anteil des Maschinenbaus von 20 auf 15 vH und derjenige der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie von 19 auf 15 vH sank².

Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen wären die Unternehmen bei einem derartigen Produktionseinbruch gezwungen, veraltete Kapazitäten mit hohen Produktionskosten stillzulegen und vorzugsweise die am kostengünstigsten arbeitenden Produktionsanlagen auszulasten. Eine derartige Kapazitätsanpassung hat in der russischen Industrie vermutlich nicht stattgefunden, vielmehr haben nach den vorliegenden Daten die Unternehmen in der Regel auf die rückläufige Nachfrage mit einer niedrigeren Auslastung der Produktionskapazitäten reagiert (vgl. Tabelle 1). Negativ wirkt sich die unterbliebene Kapazitätsanpassung zwangsläufig auf die Kapitalproduktivität aus, die nach offiziellen Angaben in den Jahren 1990 bis 1993 um 50 vH gesunken ist, allein 1993 um 18 vH³.

Ein schwieriges Strukturproblem ist die Konversion der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion. Es gibt in Rußland über 2 000 Rüstungsbetriebe mit etwa 4 Mill. Beschäftigten. Die Produktion von Rüstungsgütern sank 1993 insgesamt um 29 vH, darunter in den der Konversion unterliegenden Betrieben um 22 vH. Gleichzeitig ging in diesen Betrieben auch die Erzeugung von zivilen Gütern um 10 vH zurück. Der Anteil der militärischen Güter an der Produktion der Rüstungsindustrie lag nach offiziellen Angaben 1993 bei 31 vH gegenüber 52 vH 1990 (in Preisen von 1993). In 40 vH der Rüstungsunternehmen liegt der Anteil der zivilen Produktion derzeit bei 80 vH und mehr, nur

² Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 10 f.

³ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 12.

Tabelle 1

Auslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie 1990 bis 1994
in vH

	1990	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
Industrie insgesamt	81	74	62	53	42
Eisen- und Stahlindustrie	93	84	72	64	51
Chemie-Holz-Komplex	77	74	63	52	42
Maschinenbau	77	71	58	46	32
Baustoffindustrie	89	87	73	59	43
Leichtindustrie	91	78	63	54	38
Nahrungsmittelindustrie	78	70	61	56	49

¹⁾ Prognose.

Quelle: Ekonomika Rossii v 1994 godu: analiz i prognoz, Moskau 1994, S. 34.

10 vH der Unternehmen produzieren überwiegend Rüstungsgüter⁴.

Seit Anfang 1994 hat sich die wirtschaftliche Situation der Rüstungsindustrie beträchtlich verschlechtert. Im ersten Halbjahr betrug der Produktionsrückgang insgesamt 42 vH, der Rückgang bei den zivilen Erzeugnissen fiel mit 40 vH kaum geringer aus. Ebenso wie der zivile Maschinenbau sahen sich die Rüstungsbetriebe mit massiven Absatzproblemen bei den von ihnen erzeugten Investitionsgütern konfrontiert, so daß die Produktion von Ausrüstungen für die Leichtindustrie um 70 vH und für den „agrariindustriellen Komplex“ um 50 vH zurückging. Starke Produktionseinbußen verzeichneten auch der Waggon- und Flugzeugbau. Günstiger entwickelte sich die Erzeugung diverser Konsumgüter (Kühlschränke, Wasch- und Nähmaschinen), bei denen einige Unternehmen sogar Produktionszuwächse erzielen konnten. Einigen Unternehmen gelang eine Spezialisierung, z.B. in der Medizintechnik oder beim Bau von Bohrausrüstungen für die Erdölindustrie. Eine solche Anpassung ist allerdings nicht typisch für den bisherigen Verlauf des Konversionsprozesses insgesamt. Die Produktionsanlagen zur Erzeugung ziviler Erzeugnisse sind in vielen Fällen veraltet. Die Umstellung der Produktion erfolgt ohne eine hinreichende Marktanalyse. Zudem herrscht in vielen Unternehmen Unsicherheit über die künftigen Aufträge für Rüstungsgüter⁵.

Investitionen

Die Gleichzeitigkeit von sinkender Produktion und hohen Inflationsraten mußte sich unter den Bedingungen „weicher Budgetrestriktionen“ auf die Investitionen besonders stark auswirken. Erstens mußte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen angesichts der gesunkenen Absatzchancen und der geringeren Kapazitätsauslastung ohnehin zurückgehen. Zweitens verkürzte die Inflation die Planungszeiträume der Unternehmen, was sich gleichfalls negativ auf die Investitionstätigkeit auswirkte. Drittens wurde der Anpassungsdruck auf die Unternehmen durch die „weichen Budgetrestriktionen“ auch dahingehend abgeschwächt, daß diese nicht gezwungen waren, Rationalisierungsinvestitionen zur Kostensenkung durchzuführen. Viertens hat auch der Staat bei seinen Versuchen der Inflationsbekämpfung und der Begrenzung der durch die hohen Subventionsleistungen verursachten Haushaltsdefizite primär die Investitionen reduziert. Fünftens schließlich bewirkte die Subventionierung unrentabler Unterneh-

⁴ Vgl. Izvestija vom 30. Dezember 1993; *Ekonomičeskaja gazeta*, Nr. 15/1994, S. 2; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g.* Moskau 1994, S. 21.

⁵ Vgl. *Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994 goda i prognoz na bližajšuju perspektivu.* Moskau 1994, S. 42 ff.; *Rossijskie vesti* vom 1. Juni 1994, S. 3; *EKO*, Nr. 12/1993, S. 6 ff.

Tabelle 2

Daten zur Investitionsentwicklung 1990 bis 1994
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1990	1991	1992	1993	1. Halbjahr 1994
Investitionen insgesamt	0,1	-15,5	-39,7	-16,0	-28,0
Produzierender Bereich	-1,1	-18,0	-44,0	-20,0 ¹⁾	-37,0
Industrie	-9,1	-18,3	-31,0	-20,0 ¹⁾	.
Brennstoff- und Energiesektor	-20,1	-16,9	-7,0	-10,0 ¹⁾	.
Metallurgie ²⁾	-1,6	-7,4	-15,0	-24,0 ¹⁾	.
Maschinenbau	4,3	-29,2	-59,0	-22,0 ¹⁾	.
Chemie- und Holzkomplex	5,0	-10,6	-43,0	-19,0 ¹⁾	.
Baustoffindustrie	16,4	1,2	-38,0	-59,0 ¹⁾	.
Leichtindustrie	28,2	-16,6	-49,0	-51,0 ¹⁾	.
Nahrungsmittelindustrie	10,0	-8,2	-50,0	-44,0 ¹⁾	.
Landwirtschaft	8,2	-5,2	-64,0	-13,0 ¹⁾	.
Bauwirtschaft	-12,0	-16,8	-65,0	-31,0 ¹⁾	.
Verkehr und Nachrichtenwesen	19,1	-32,6	-45,0	-13,0 ¹⁾	.
Nichtproduzierender Bereich	2,9	-9,0	-30,0	-6,0	-12,0
Wohnungsbau	1,2	-7,4	-24,0	0 ¹⁾	.
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	-2,8	-24,6	-53,0	-25,0	.
Investitionen in vH des BIP	23	19	17	15	14

1) Prognose von Goskomstat vom November 1993. — 2) 1990 und 1991 nur Eisen- und Stahlindustrie, ohne NE-Metallurgie.

Quellen: Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S. 6, 9; Kapital'noe stroitel'stvo v Rossijskoj Federacii v 1992 g. Moskau 1993, S. 21 f., 53; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 35 ff.; O položenii rossijskoj ekonomički v 1993 godu i perspektivach ee razvitija na 1994 g. Moskau 1994, S. 179; Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994 g. i prognoz na bližajšuju perspektivu. Moskau 1994, S. 63 f.; Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 523; Kapital'noe stroitel'stvo v RSFSR v 1990 g. Moskau 1991, S. 48 f. und 91.

Tabelle 3

Investitionsstruktur nach Sektoren 1986 bis 1994
 in vH

	1986 bis 1990	1990	1991	1992	1993	1. Halbjahr 1994
Investitionen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Produzierender Bereich	71,5	70,0	68,6	65,5	59,6	56,7
Industrie	37,5	35,9	34,7	40,9	38,9 ²⁾	.
Brennstoff- und Energiesektor	15,9	14,0	13,8	21,8	23,2 ²⁾	26,2
Metallurgie ¹⁾	1,6	1,4	1,6	4,6	4,2 ²⁾	3,8
Maschinenbau	8,4	8,3	6,9	4,9	4,5 ²⁾	5,8
Chemie- und Holzkomplex	3,4	3,6	3,8	3,4	3,3 ²⁾	1,5
Baustoffindustrie	1,2	1,4	1,7	1,6	0,8 ²⁾	.
Leichtindustrie	0,9	1,2	1,2	1,0	0,6 ²⁾	.
Nahrungsmittelindustrie	2,3	2,9	3,1	2,7	1,8 ²⁾	.
Landwirtschaft	14,9	15,8	17,8	10,8	11,2 ²⁾	8,4 ²⁾
Bauwirtschaft	4,3	4,5	4,5	2,7	2,3 ³⁾	1,5 ³⁾
Verkehr und Nachrichtenwesen	12,0	11,8	9,4	8,8	9,1 ²⁾	6,4
Nichtproduzierender Bereich	28,5	29,1	31,4	34,4	40,4	43,3
Wohnungsbau	16,3	16,6	18,1	21,7	25,8 ²⁾	26,0

1) 1986-1990, 1990 und 1991 nur Eisen- und Stahlindustrie, ohne NE- Metallurgie. — 2) Berechnet aus Prognosewerten in Tabelle 2. Legt man die Angaben des Wirtschaftsministeriums über die Investitionen 1993 in laufenden Preisen zugrunde, so würden sich abweichend von diesen vorläufigen Schätzungen die folgenden Anteilswerte ergeben: Brennstoff- und Energiesektor: 23,0 vH; Metallurgie: 4,0 vH; Maschinenbau: 4,0 vH; Chemie- und Holzkomplex: 2,8 vH; Landwirtschaft: 7,7 vH; Verkehr und Nachrichtenwesen: 8,0 vH. — 3) Einschließlich Baustoffindustrie.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 541 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 35; Kapital'noe stroitel'stvo v Rossijskoj Federacii 1992 g. Moskau 1993, S. 21, 53; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 35 ff.; Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994 g. i prognoz na bližajušuju perspektivu. Moskau 1994, S. 63 f.; O položenii rossijskoj ekonomički v 1993 godu i perspektivach ee razvitija na 1994 g. Moskau 1994, S. 61 ff., 179; Russia — 1993. Economic Situation. Nr. 4/1993, S. 127.

men eine Umverteilung zu Lasten der leistungsfähigeren Sektoren, deren Investitionskraft auf diese Weise geschwächt wurde. Die industriellen Investitionen sanken in den Jahren 1990 bis 1993 um insgesamt 60 vH, wobei ihr Rückgang in jedem der vier Jahre denjenigen der Industrieproduktion deutlich übertraf⁶. Einen überdurchschnittlichen Rückgang der Investitionen verzeichneten in den Jahren 1990 bis 1993 der Maschinenbau (–76 vH), die Leichtindustrie (–73 vH), die Nahrungsmittelindustrie (–71 vH) und die Baustoffindustrie (–70 vH), wobei dieser Rückgang ausschließlich auf die letzten drei Jahre zurückzuführen ist. Im „Brennstoff- und Energiekomplex“ sanken die Investitionen demgegenüber in allen vier Jahren zusammengenommen lediglich um 44 vH, wobei der stärkste Rückgang (–20 vH) auf das Jahr 1990 entfiel (vgl. Tabelle 2). Im Ergebnis hat sich die Investitionsstruktur deutlich zu Lasten der verarbeitenden Industriezweige verschoben. Der Anteil des Maschinenbaus an den gesamten Investitionen reduzierte sich von 8,4 vH im Durchschnitt der Jahre 1986 bis 1990 auf 4,5 vH 1993, der Anteil der Leichtindustrie sank von 0,9 auf 0,6 vH, derjenige der Nahrungsmittelindustrie von 2,3 auf 1,8 vH. Demgegenüber erhöhte sich das relative Gewicht der Investitionen in den Brennstoff-

und Energiekomplex von 15,9 auf 23,3 vH, im ersten Halbjahr 1994 waren es sogar 26 vH (vgl. Tabelle 3).

Beschäftigung

Ungeachtet des Rückgangs der Industrieproduktion kam es bis 1993 zu keiner entsprechenden Anpassung des Arbeitskräftebestands. Im Jahresdurchschnitt 1993 betrug die Zahl der Beschäftigten in der Industrie 21,6 Mill., dies waren 2 vH weniger als im Vorjahr und 5 vH weniger als 1990. Einen Beschäftigungsabbau verzeichneten 1993 der Maschinenbau (–10 vH), der „Chemie-Holz-Komplex“ (–6 vH), die Baustoffindustrie (–12,5 vH) und die Leichtindustrie (–6 vH). In der Metallurgie blieb die Zahl der Arbeitskräfte konstant, im „Brennstoff- und Energiekomplex“ gab es sogar einen Zuwachs der Beschäftigung um 11 vH⁷ (vgl. Tabelle 4).

⁶ Vgl. Russia 1993. Economic Situation. Centre of Economic Analysis. Moskau 1993, S. 127; Ob itogach social'no-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii v 1992 g. Moskau 1993, S. 8.

⁷ Vgl. Sbornik zakonodatel'stva, Nr. 13/1994, S. 2 038 f., Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S. 121.

Tabelle 4

**Daten zur Beschäftigungsentwicklung
in Mill. Personen**

	1992	1993	1994 Prognose
Insgesamt	70,6	70,2	65,5
Industrie	22,0	21,6	19,0
Brennstoff- und Energiekomplex	1,8	2,0	2,0
Metallurgie	1,6	1,6	1,7
Chemie-Holz-Komplex	3,1	2,9	1,8
Maschinenbau und Metallverarbeitung	7,9	7,1	6,5
Baustoffindustrie	0,8	0,7	0,7
Leichtindustrie	1,6	1,5	1,4
Übrige Industriezweige	4,8	5,1	4,2
Landwirtschaft	9,6	9,8	9,8
Bauwirtschaft	8,4	8,3	7,3
Verkehr und Nachrichtenwesen	5,5	5,4	5,0
Handel	5,7	5,7	5,1

Quelle: Sobranie zakonodatel'stva Nr. 13/1994, S. 2038 f.

Wegen der divergierenden Produktions- und Beschäftigungsentwicklung lag die Produktion je Beschäftigten 1993 in der Gesamtindustrie um 44 vH unter dem Niveau von 1990, darunter im Brennstoff- und Energiekomplex um 39 vH, in der Eisen- und Stahlindustrie um 49 vH, im „Chemie-Holz-Komplex“ um 51 vH, im Maschinenbau um 46 vH, in der Baustoffindustrie um 57 vH, in der Leichtindustrie um 41 vH und in der Nahrungsmittelindustrie um 45 vH⁸.

Bauwesen

In den letzten drei Jahren sind im Bauwesen beträchtliche strukturelle Veränderungen vor sich gegangen. Die Anpassung an die neu entstehenden marktwirtschaftlichen Bedingungen, an die sich verschlechternde volkswirtschaftliche Gesamtsituation — insbesondere an den rapiden Rückgang der Investitionen — und an den gewachsenen Einfluß der Gebietskörperschaften erfolgte jedoch überwiegend passiv (reaktiv). Anpassungen im Sinne höherer wirtschaftlicher Effizienz und einer steigenden Qualität der Bauleistungen sind bisher die Ausnahme geblieben.

Gewandelt hat sich die Organisations- und Eigentumsstruktur des Bauwesens. An der Spitze stehen das Bauministerium der Föderation und das Staatskomitee für Architektur und Bauwesen. Aus den früheren sechs Bauministerien der Branchen und den territorialen Hauptverwaltungen sind Aktiengesellschaften, Holdings oder Vereinigungen geworden. Trotz ihrer veränderten Unternehmensverfassung stellen sie ein Überbleibsel der planwirtschaftlichen Produktionsorganisation dar. Das zentrale Organisationselement des Bauwesens sind die 3 000 bis 4 000 Trusts bzw. Wohnungsbaukombinate mit ihren mehr als 30 000 Betrie-

ben (Bau- und Montageverwaltungen), die etwa 1 500 Projektierungsunternehmen sowie die Bauabteilungen der großen Industrieunternehmen. Daneben hat sich die Zahl der genossenschaftlichen Bauunternehmen und der privaten Klein- und Mittelbetriebe des Bauwesens erhöht. Anfang 1994 existierten mehr als 92 000 Kleinbetriebe (mit bis zu 100 Beschäftigten), in denen 2,2 Mill. Arbeitskräfte eine Vollzeitbeschäftigung ausübten und zusätzlich etwa 2 Mill. Teilzeitbeschäftigte oder auf Honorarbasis angestellte Mitarbeiter tätig waren⁹.

Trotz dieser reformbedingten Entwicklung bleibt der Konzentrationsgrad im Bauwesen außerordentlich hoch. Im Jahre 1993 führten die zwölf größten Aktiengesellschaften mehr als 55 vH der statistisch erfaßten Auftragsarbeiten des Bauwesens durch¹⁰. Das gilt für den Wohnungsbau ebenso wie für den öffentlichen Bau und den Industriebau.

Über die Produktion des Bauwesens liegen keine zusammenfassenden Daten vor. Sie ist in allen Teilbereichen zurückgegangen. Im Industriebau war der Produktionsrückgang wegen der stark geschrumpften industriellen Investitionen besonders groß. Er betrug im Jahre 1991: —9,7 vH, 1992: —26,0 vH, 1993: —13,0 vH und im ersten Halbjahr 1994: —25,0 vH. Auch im Wohnungsbau haben sich beim Neubau trotz der großen Anspannungen auf dem Wohnungsmarkt die Leistungen beträchtlich vermindert (vgl. Tabelle 5). Bemerkenswert ist, daß die Zahl der durch Privatpersonen neu gebauten Wohnungen 1993 mit 14 vH und im ersten Halbjahr 1994 mit 35 vH stark zugenommen hat. Um mehr als die Hälfte sank in den letzten drei Jahren die Produktion auch im öffentlichen Bau (Schulen, Krankenhäuser, Vorschuleinrichtungen usw.) und im Straßenbau¹¹.

Wie in den übrigen Sektoren der Wirtschaft ist die Beschäftigung im Bauwesen wesentlich langsamer als die Produktion gesunken. Die Zahl der Arbeitnehmer hat sich von reichlich 9 Mill. (1990) auf 8,3 Mill. (1993) verringert¹²; die Arbeitsproduktivität ging in den Jahren 1990 und 1991 um jeweils 17,8 vH und im Jahr 1992 sogar um 30,6 vH zurück¹³. Besonders stark war der Rückgang der Arbeits-

⁸ Vgl. *Ekonomika Rossii v 1994 godu: analiz i prognoz*. Moskau 1994, S. 34.

⁹ Vgl. *Číslo malych predprijatij i čislennost' rabotajuščich v nich (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial)*. Moskau 1994.

¹⁰ Vgl. Jakov A. Rekitar: *Bauwirtschaft und Baustoffindustrie in Rußland, Entwicklungstendenzen beim Übergang zur Marktwirtschaft und Möglichkeiten für Kooperationen mit dem Westen*, In: ifo Institut für Wirtschaftsforschung. München 1993, S. 73.

¹¹ Vgl. *Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu*. Moskau 1993, S. 247 f., 537.

¹² Für 1994 wird ein weiterer Rückgang auf 7,3 Mill. Personen prognostiziert. Vgl. *Sobranie zakonodatel'stva*, Nr. 13/1994, S. 2 038.

¹³ Vgl. *Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu*. Moskau 1993, S. 123, 129.

Tabelle 5

Fertigstellung von Wohnungen

	1991	1992	1993	1. Halbjahr 1994
Mill. qm Gesamtfläche	49,4	41,5	41,8	10,9
Veränderungen zum Vorjahr in vH	-20,0	-16,0	0,7	-6,0
Individueller Wohnungsbau in Mill. qm	5,4	4,9	5,6	1,9
Generalinstandges. Wohnfläche in Mill. qm	19,7	13,1	.	.

Quellen: Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993; Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994 g. i prognoz na bližajšuju perspektivu. Moskau 1994, S. 65.

produktivität in den genossenschaftlichen Bauunternehmen¹⁴. Das technologische Niveau und der technische Zustand der Ausrüstungen im Bauwesen haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Die Investitionen in das Bauwesen sind noch schneller gesunken als die gesamten Anlageinvestitionen. Betrug ihr Anteil 1991 noch 4,5 vH, so erreichte er im ersten Halbjahr 1994 nur noch 2,6 vH¹⁵.

Landwirtschaft

Im Vergleich zur Industrie ist die Produktion der Landwirtschaft weit weniger zurückgegangen. 1993 sank die Agrarproduktion gegenüber dem Vorjahr lediglich um 4 vH. Sinkende Hektarerträge und eine verringerte Anbaufläche (-6,8 vH) lassen auch 1994 eine geringere Ernte als 1993 erwarten¹⁶. Im ersten Halbjahr 1994 sank die Produktion von Fleisch gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10 vH, die Produktion von Milch um 17 vH. Diese Tendenz wird nach russischen Einschätzungen bis zum Jahresende anhalten¹⁷. Darin kommt auch eine Anpassung an eine veränderte Nachfrage zum Ausdruck. Der ständige Rückgang der Tierbestände ist durch eine ebenfalls verschlechterte Futtergrundlage mit einer nachlassenden Produktivität verbunden. Die Preisliberalisierung verstärkte die Rentabilitätsprobleme der Viehwirtschaft. Die Regierung versucht, die Subventionen für die Landwirtschaft zu senken; real haben sich die Subventionen je Produkteinheit 1993 gegenüber 1992 halbiert.

In den ersten sechs Monaten 1994 verringerten sich die Investitionen des Agro-Industriekomplexes gegenüber dem Vorjahreszeitraum insgesamt um mehr als die Hälfte. Wesentliche Rückgänge waren insbesondere beim Wirtschaftswegebau (76 vH), bei Bewässerungs- (31 vH) und Entwässerungsvorhaben (82 vH) sowie beim Bau von Stallanlagen (37 vH) festzustellen. Dagegen wurden mehr Lagerflächen für Gemüse, Kartoffeln und Obst (15 vH) sowie Siloanlagen (45 vH) errichtet, wodurch die traditionell hohen Lagerverluste gemindert werden können.

Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaftsbetriebe aller Eigentumsformen wird von den weiterbestehenden Monopolstrukturen der Aufkauf- und Verarbeitungsbe-

triebe, mangelnden Vorleistungen, schnell steigenden Inputpreisen, Finanzierungsproblemen und nur zögerlicher Bezahlung der landwirtschaftlichen Produkte beeinflusst. Die Inputpreise der Landwirtschaft stiegen wesentlich schneller als die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte. Gleichzeitig führten steigende Einzelverbraucherpreise zu einem Rückgang der Nachfrage. Lebensmittelimporte vor allem aus den Nachbarrepubliken verschärften bei verschiedenen Produkten die Lage auf einzelnen regionalen Märkten. Entgegen den staatlichen Bestrebungen ist es nicht gelungen, die Landwirtschaftsbetriebe an der Privatisierung der Verarbeitungsindustrie zu beteiligen. Zur Beseitigung der Monopolstrukturen der Aufkauf- und Verarbeitungsbetriebe versuchen die landwirtschaftlichen Produzenten ihre Produkte zunehmend über alternative Kanäle (Märkte, eigene Geschäfte und Gaststätten, Bartergeschäfte) abzusetzen. Die Bereitschaft der landwirtschaftlichen Betriebe zu Vertragsabschlüssen mit den traditionellen, ehemals staatlichen Aufkauforganisationen ist deutlich schwächer geworden. Das Volumen der Abschlüsse mit den Aufkaufbetrieben betrug am 1. Juli 1994 bei pflanzlichen Produkten nur 24 vH bis 37 vH des entsprechenden Vorjahresstandes, bei Vieh und Geflügel etwa die Hälfte¹⁸.

Die Agrarreform veränderte die Eigentumsstrukturen (vgl. Tabelle 6), wobei die meisten Kolchosen und Sowchosen in Aktiengesellschaften, Assoziationen, Genossenschaften und andere Betriebsformen umgewandelt wurden. Die Produktivität der Betriebe neuer Eigentumsfor-

¹⁴ Vgl. Stroitel'naja gazeta vom 3. März 1993.

¹⁵ Vgl. Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S. 532; Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994 goda i prognoz na bližajšuju perspektivu. Moskau 1994, S. 63.

¹⁶ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' - ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 42.

¹⁷ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994 goda i prognoz na bližajšuju perspektivu. Moskau 1994, S. 56.

¹⁸ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' - ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 47.

men lag 1992 deutlich unter der der Kolchosen und Sowchosen, 1993 aber bereits darüber. Vermutlich wurden 1993 die wirtschaftlich stärkeren Kolchosen und Sowchosen transformiert. Die finanziellen Ergebnisse der neuen Betriebsformen sind günstiger und das Verhältnis der Subventionen zum Gewinn geringer als in den nicht umgebildeten Kolchosen und Sowchosen. Deutlich zugenommen haben bäuerliche Privatbetriebe und private Nebenwirtschaften, so daß der Anteil der Privatwirtschaft 1993 10 vH an der Nutzfläche und 38 vH an der Produktion erreichte.

Bei einigen Produkten beträgt der Anteil der Nebenwirtschaften an den Anbauflächen mehr als die Hälfte (Kartoffeln 77 vH, Gemüse 60 vH). Bis Ende 1993 hat sich gegenüber 1990 der Anteil der Nebenwirtschaften an der Fleischproduktion von 25 auf 38 vH und bei Milch von 24 auf 34 vH erhöht¹⁹. Die steigende Produktion der Nebenwirtschaften glich die Produktionssenkung in den anderen Bereichen jedoch nicht aus. Der Anteil der 285 800 bäuerlichen Einzelwirtschaften (1. Juli 1994) an der landwirtschaftlichen Produktion ist noch gering. Unzureichende Betriebsausstattungen, fehlende Vorleistungen und geringe Erfahrung sind die Hauptgründe für eine äußerst geringe Produktivität, die noch unter der der Kolchosen und Sowchosen liegt. Bei einem Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 5 vH, stellen die bäuerlichen Einzelwirtschaften nur 2 vH der Produktion. Die zahlenmäßige Entwicklung der bäuerlichen Einzelwirtschaften ist faktisch zum Stillstand gekommen. Im zweiten Quartal 1994 ist ihre Zahl lediglich um 8 500 gestiegen. Je 100 Neugründungen standen 43 Betriebsschließungen im ersten Halbjahr 1994 gegenüber²⁰.

Dienstleistungen und Handel

In der sowjetischen Planwirtschaft erfolgte die Bereitstellung von Dienstleistungen unter staatlicher Regie, etwa in Industrieunternehmen, in der kommunalen Wohnungswirt-

schaft oder durch staatliche Monopole. Die Bereitstellung von Dienstleistungen durch private Unternehmen war weitgehend untersagt. Durch die Zulassung privater Wirtschaftstätigkeit und verstärkt im Rahmen der Privatisierung bildete sich ein eigenständiger Dienstleistungsmarkt heraus. Trotz einer dynamischen Entwicklung bei einzelnen Dienstleistungen war jedoch auch der Dienstleistungssektor insgesamt von einem Produktionsrückgang betroffen. Im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahresperiode schrumpfte der Dienstleistungssektor im ersten Quartal 1994 um 12 vH. Da die Industrieproduktion im gleichen Zeitraum jedoch mit 25 vH erheblich stärker zurückging, nahm der Anteil der Dienstleistungen am BIP von 36 vH auf 52 vH zu²¹.

Während die unternehmensbezogenen Aktivitäten des Dienstleistungssektors real eher schwächer abnahmen oder sogar, wie etwa im Banken- und Versicherungsbereich stiegen, sanken die entgeltlichen Dienstleistungen für den Endverbraucher in der ersten Jahreshälfte 1994 drastisch. Der Rückgang der Nachfrage um 48 vH fiel stärker aus als bei anderen Endverbrauchsaggregaten. Dafür dürften vor allem Änderungen der relativen Preise verantwortlich gewesen sein. Bei einem mit 8 bis 9 vH gegenüber 1991 nahezu unveränderten Anteil der Dienstleistungsausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen²² lag die Preissteigerungsrate für Dienstleistungen mit durchschnittlich 46 vH pro Monat²³ weit über der monatlichen

¹⁹ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 45.

²⁰ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar' -ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 214.

²¹ Vgl. Russian Economic Trends, Nr.2/1994, S. 52.

²² Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 2/1994, S. 50.

²³ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar' -aprel' 1994 g. Moskau 1994, S. 80.

Tabelle 6

Anteile der Wirtschaftsformen 1990 bis 1993
in vH

Wirtschaftsform	1990		1992		1993	
	Nutz- Fläche	Produk- tion	Nutz- Fläche	Produk- tion	Nutz- Fläche	Produk- tion
Kolchosen, Sowchosen	95	73	41	41	35	23
Betriebe neuer Formen	—	—	44	21	49	35
Bäuerliche Einzelwirtschaften	0,05	—	3	1,1	5	2
Nebenwirtschaften, einschl. Gemeinschaftsgärten	2	24	4	33	5	36
Sonstige	3	3	8	3,9	6	4

Quelle: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 44.

Tabelle 7

**Anteil der privaten Unternehmen
an der Gesamtzahl der Unternehmen 1993 und 1994
in vH**

	April 1993	August 1993	April 1994
Einzelhandel	52	61	69
Gastronomie	47	57	61
Sonstige Dienstleistungen	53	63	73

Quelle: Russian Economic Trends, Nr. 2/1994, S. 77.

Inflationsrate von 10 vH, so daß real weniger Dienstleistungen nachgefragt wurden als in den Vorjahren²⁴.

Während der Privatisierungsprozeß im Agrar- und Industriesektor lange Zeit nur mühsam vorankam, verlief er im Dienstleistungsbereich verhältnismäßig zügig. Ungefähr die Hälfte der knapp 10 000 Unternehmen, die im ersten Halbjahr 1994 privatisiert wurden, waren Dienstleistungsunternehmen; 30 vH davon waren Einzelhandelsunternehmen, 6,3 vH Gastronomiebetriebe und 14 vH sonstige Dienstleistungsunternehmen²⁵. Entsprechend nahm der Anteil der privaten Betriebe an der Gesamtzahl der Dienstleistungsunternehmen zwischen April 1993 und April 1994 deutlich zu (vgl. Tabelle 7).

Im Dienstleistungssektor ist es in Teilbereichen zu einer Anpassung der Beschäftigung gekommen (vgl. Tabelle 8). Ein deutlicher Beschäftigungsrückgang war im Bereich Transport und Kommunikation sowie bei der Forschung festzustellen. Demgegenüber hat sich die Beschäftigung in öffentlichen Verwaltungen erhöht. Vor allem aber Banken und Versicherungen haben mit einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl um etwa 125 vH starke Beschäftigungsanpassungen vorgenommen. Dies ist auf die dynamische

Entwicklung dieser Branchen zurückzuführen, in deren Folge zumindest bis Anfang 1994 vergleichsweise hohe Gehaltszuwächse erzielt wurden. Während Arbeitnehmer in Bereichen wie Erziehung oder Gesundheit Einbußen beim realen Einkommen hinnehmen mußten, stieg das Realeinkommen der Angestellten im Banken- und Versicherungswesen um etwa 22 vH²⁶.

Einzelhandelsunternehmen befanden sich vor der Privatisierung in der Mehrzahl im Besitz regionaler Handelsmonopole, die über Rußland verteilt das gesamte Warenangebot und die gesamte Distribution bestimmten. Auch nach der Änderung der Eigentumsform blieb die Abhängigkeit der Einzelhandelsgeschäfte von den Großhandelsmonopolen zunächst bestehen. Die Liberalisierung der Preise Anfang 1992 hatte zwar dazu geführt, daß sich die Formierung von Handelsbörsen, die versuchten die Rolle von dezentralen Großhändlern zu übernehmen, etwas beschleunigte²⁷. Mit der Schließung vieler Handelsbörsen scheint inzwischen allerdings eine weitere Phase der Marktstrukturierung begonnen zu haben, über deren gegenwärtigen Stand keine verlässlichen Informationen vorliegen.

Den Geschäftsbanken ist es innerhalb einer relativ kurzen Frist gelungen, ein breites Spektrum von Banken- und sonstigen Finanzdienstleistungen bereitzustellen²⁸.

²⁴ Vgl. Russia 1994. Economic Situation, Centre of Economic Analysis. Moskau 1994, S. 11.

²⁵ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' - ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 55.

²⁶ Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 2/1994, S. 39.

²⁷ Vgl. ifo Schnelldienst, Nr. 13/1994, S. 21 ff.

²⁸ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Beschleunigte Tal- fahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 232/1994, und als IWH Forschungsreihe 2/1994 veröffentlicht.

Tabelle 8

Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor

	Beschäftigte in Mill.		Veränderung in vH
	1991	1.1.1994	
Bildung und Kultur	7,3	7,7	5,4
Transport und Kommunikation	5,8	5,2	-10,3
Einzelhandel und Gastronomie	5,6	5,7 ¹⁾	1,8
Gesundheit, Sport, Soziale Dienste	4,3	4,4	2,3
Sonstige Dienstleistungen	3,2	3,2	—
Forschung	3,1	2,4	-21,9
Öffentliche Verwaltung	2,0	2,4	20,0
Banken und Versicherungen	0,4	0,9 ¹⁾	125,0

¹⁾ 1. Quartal 1993.

Quelle: Russian Economic Trends, Nr. 2/1994, S. 72.

Immer mehr Banken sind bemüht, Dienstleistungen auch für Kleinanleger anzubieten. Ein Indiz dafür ist, daß der Anteil der Geschäftsbanken an den privaten Einlagen bis zur Jahresmitte 1994 auf 48 vH gestiegen ist. Für diese Einlagen hatte die staatliche Sberbank noch bis vor zwei Jahren das Monopol inne²⁹. Am 1. Juni 1994 waren 2 214 Geschäfts- und Genossenschaftsbanken mit 5 059 Filialen registriert³⁰. Zusätzlich verfügte die Sberbank über 31 182 Filialen. Die Finanzinfrastruktur beschränkt sich allerdings auf die Metropolen, so daß eine große Diskrepanz bezüglich der Versorgung mit Finanzdienstleistungen zwischen den Großstädten und den ländlichen Gebieten zu verzeichnen ist. Während die Sberbankfilialen relativ gleichmäßig über das Land verteilt sind, befindet sich knapp die Hälfte der Geschäftsbanken im Großraum Moskau. Ohne Moskau ergibt sich eine durchschnittliche Verteilung von 0,8 (mit Moskau 1,4) Geschäftsbanken auf 100 000 Einwohner³¹. Der Anteil der kleinen und mittleren Banken an der Gesamtzahl der Banken (weniger als 1 Mrd. Rubel Eigenkapital) erscheint mit 80,8 vH (Februar 1994) hoch, doch wird der Kreditmarkt von einigen wenigen großen Banken beherrscht. So hielten Anfang 1994 die fünf größten Banken 65 vH der Bilanzsumme und 56 vH des Kapitals der zwanzig größten Banken³².

In den letzten Jahren ist auch ein privater Versicherungsmarkt entstanden, der sich dynamisch entwickelt³³. Derzeit arbeiten ungefähr 975 Versicherungsgesellschaften mit über 3 000 Filialen und insgesamt 95 000 Beschäftigten. Die gesamten Einnahmen durch Versicherungsbeiträge betragen im ersten Quartal 1994 etwa 380 Mrd. Rubel (1993: 614 Mrd. Rubel), die Auszahlungen der Versicherungen beliefen sich auf 235 Mrd. Rubel (1993: 316 Mrd. Rubel). Während zunächst die Nachfrage nach langfristigen Lebens- und Pensionsversicherungsverträgen hoch war, werden inzwischen langfristige Versicherungen aufgrund der hohen Inflation immer weniger nachgefragt und durch kurzfristige Kreditversicherungsverträge ersetzt (15 vH des gesamten Prämienaufkommens)³⁴. Der weiteren Expansion der Versicherungswirtschaft steht die unzulängliche Gesetzeslage entgegen. Zudem mangelt es an ausgebildetem Personal, und der Verbraucherschutz gilt als unzureichend, da sich der Aufbau einer Versicherungsaufsicht noch im Anfangsstadium befindet und bislang keine Rückversicherungspflicht besteht³⁵.

Infrastruktur und Transport

Das Verkehrswesen ist nach wie vor von einem deutlichen Rückgang des Verkehrsaufkommens im Güterverkehr und der Verkehrsleistung im Personenverkehr geprägt. 1993 sank das Ladungsaufkommen im Güterverkehr gegenüber dem Vorjahr abermals um 25 vH (1992: -22 vH). 1994 hat sich dieser Trend fortgesetzt (vgl. Tabelle 9). Im Personenverkehr war der Rückgang der Verkehrsleistung mit 5 vH im Jahre 1993 weniger ausgeprägt als im Jahr zuvor (-12 vH), hat sich 1994 aber wieder

beschleunigt. Zudem gab es nach den scharfen Tarifierhöhungen nach der Tariffreigabe im Luftverkehr eine deutliche Strukturverschiebung vom Luftverkehr zu den Eisenbahnen (vgl. Tabelle 10).

Der Zustand der Infrastruktur bei den einzelnen Verkehrsträgern ist nach wie vor schlecht. Die Finanzierung von Instandhaltungs- und Ausbaumaßnahmen bei den verschiedenen Verkehrsnetzen ist vielfach nur unzureichend gesichert. Im Bereich der Eisenbahn werden zwar weiterhin Anstrengungen unternommen, um das Schienennetz zu erhalten und auszubauen. Angesichts des Ende der achtziger Jahre aufgelaufenen erheblichen Reparaturstaus³⁶ kann jedoch bezweifelt werden, daß sich der Zustand des Netzes nennenswert verbessert hat, zumal die finanzielle Situation der Bahn angespannt erscheint³⁷.

Auch das Straßennetz ist weiterhin in einem äußerst schlechten Zustand. Zwar konnten 1993 in etwas größerem Umfang als im Vorjahr Straßen instandgesetzt werden. Bezogen auf den Anteil der schadhaften Straßen am gesamten Netz blieb die Wirkung des Straßenbauprogramms aber gering³⁸. Mit Hilfe eines im Februar 1994 bewilligten Kredits der Weltbank in Höhe von 300 Mill. US-\$ sollen zumindest die Instandsetzungsarbeiten an dem unter föderaler Verwaltung stehenden Netz der Fernverkehrsstraßen beschleunigt werden. Nach Ansicht der Weltbank wären rund 4,5 Mrd. US-\$ erforderlich, um das russische Straßennetz in einen akzeptablen Zustand zu bringen³⁹.

Bei den Seehäfen steht die Russische Föderation nach der Auflösung der UdSSR vor dem Problem, daß für den Außenhandel wichtige Häfen nunmehr in anderen GUS-

²⁹ Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 2/1994, S. 20.

³⁰ Vgl. Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, Bjuletin' Bankovskoj Statistiki. Moskau, Nr. 6-7/1994, S. 14.

³¹ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-aprel' 1994 g. Moskau 1994, S. 61.

³² Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Beschleunigte Tafahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 232/1994, und als IWH Forschungsreihe 2/1994 veröffentlicht.

³³ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-aprel' 1994 g. Moskau 1994, S. 63.

³⁴ Vgl. Presseschau Ostwirtschaft, Nr. 2/1994, S. 59. Ost- und Südosteuropa-Institut, Wien.

³⁵ Vgl. Ekonomika i žizn', Nr. 8/1994, S. 14.

³⁶ Vgl. A Study of the Soviet Economy. International Monetary Fund. Washington, D.C., Bd. 3/1991, S. 65.

³⁷ Vgl. Izvestija vom 13. Januar 1994 und 24. März 1994.

³⁸ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 60 ff.; Izvestija vom 2. Juni 1994 und 14. Juli 1994. Die finanziellen Engpässe in den föderalen und regionalen Straßenbaufonds werden als die wesentliche Ursache für den schleppenden Fortgang im Straßenbau genannt.

³⁹ Vgl. Izvestija vom 14. Juli 1994.

Tabelle 9

Höhe der Entwicklung des Verkehrsaufkommen im Güterverkehr nach Verkehrsträgern 1993 bis 1994¹⁾

	1993	1993	Jan.-Juli 1994
	Mill. t	Veränderung ²⁾ in vH	
Güterverkehr insgesamt	3 613,9	-25	-26
davon:			
Schieneverkehr	1 344,3	-18	-24
Straßenverkehr	1 109,1	-40	-41
Binnenschifffahrt	212,4	-31	-35
Seeschifffahrt	81,0	-8	-19
Rohrleitungen	866,5	-8	-10
Luftverkehr	0,6	-23	-25

1) Öffentlicher Verkehr, ohne Werkverkehr. — 2) Veränderung gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode.
Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994.

Republiken oder den baltischen Staaten liegen, deren Umschlagskapazitäten nur gegen Devisen genutzt werden können. Erschwerend kommt hinzu, daß die ohnehin nur geringen Investitionen der UdSSR in den 80er Jahren sich gerade auf jene Häfen konzentriert hatten, die jetzt außerhalb der Russischen Föderation liegen. Aufgrund einer ausgeprägten Spezialisierung der Häfen auf den Umschlag jeweils nur weniger Ladungsarten fehlt es der Russischen Föderation an Terminalkapazitäten vor allem im Container- und Trockenladungsumschlag⁴⁰. Im September 1993 hat die Regierung ein Programm zum Ausbau sowohl der Häfen als auch der Handelsflotte beschlossen. Die ersten Ausbaurbeiten in den Häfen sind inzwischen angelaufen. Bis zum Jahr 2000 soll eine Steigerung um mehr als 50 vH erreicht werden⁴¹.

Im Bereich der Rohrleitungen, die vor allem bei Mineralöl und Erdgas nach wie vor einen hohen Anteil am Transportaufkommen im Güterverkehr haben (vgl. Tabelle 9), sind zwei Vereinbarungen mit ausländischen Unternehmen über die Instandhaltung und Modernisierung des störungsanfälligen Gasleitungsnetzes abgeschlossen worden⁴².

Im Luftverkehr ist die funktionelle Entflechtung von Flugbetrieb, Flugsicherung und Flughafenverwaltung vorangeschritten. Die Flugsicherung ist mittlerweile einer dem Transportministerium unterstehenden Behörde übertragen worden. Die Flughafenverwaltung ist noch nicht vollständig ausgegliedert, wenn auch schon zahlreiche Flughäfen kommerzialisiert wurden⁴³. Die Verwaltung des internationalen Flughafens von Moskau, die noch der Rest-Aeroflot für den internationalen Verkehr unterstand, soll nach einem Regierungsbeschluß vom Sommer 1994 nunmehr ebenfalls verselbständigt werden. Die technische Ausstattung der Flugsicherung gilt nach wie vor als veraltet, im Rahmen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten wer-

den die Anlagen allerdings modernisiert und das Personal weitergebildet. Die Infrastruktur wichtiger Flughäfen ist trotz des Rückgangs der Verkehrsleistung im Luftverkehr überfordert, viele Flughäfen sind in hohem Maße sanierungsbedürftig. Bei den Transportunternehmen ist die Entflechtung und Privatisierung der ehemaligen staatlichen Kombinate inzwischen angelaufen. Zu diesen aus den alten Strukturen hervorgegangenen Unternehmen treten inzwischen insbesondere im Straßengüter- und im Luftverkehr die ersten rein privaten neugegründeten Unternehmen.

Die Eisenbahn der UdSSR ist nach der Abspaltung der Eisenbahnen der anderen GUS- und der baltischen Staaten in derzeit 19 wirtschaftlich selbständige Regionalverwaltungen aufgeteilt worden, die eine Betriebsgemeinschaft bilden. Eine Privatisierung dieser Bahngesellschaften, die einem eigenen Ministerium unterstehen, ist nicht vorgesehen. Die Eisenbahn ist nach wie vor der wichtigste Verkehrsträger (vgl. Tabellen 9 und 10), die Angaben über die Zuverlässigkeit des Eisenbahnverkehrs sind jedoch wi-

⁴⁰ Die Hafenumschlagskapazitäten Rußlands betragen derzeit etwa 165 Mill. t pro Jahr, das sind nur zwei Drittel des geschätzten Bedarfs. Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 17. September 1993 und 1. März 1994; Deutsche Verkehrszeitung, Nr. 46/1994, S. 8.

⁴¹ Die Kosten sollen bis zu 40 vH direkt von potentiellen Nachfragern nach den Transportleistungen der russischen Flotte im Inland und von ausländischen Investoren aufgebracht werden. Als Eigenfinanzierungsanteil der Hafenverwaltungen bzw. der Reedereien sind 20 vH bei den Devisen bzw. 40 vH bei den auf Rubel lautenden Mitteln angesetzt, der Rest soll aus einem aus Haushaltsmitteln zu speisenden Spezialfonds finanziert werden. Das russische Transportministerium bezweifelt allerdings selbst, daß die Finanzierung sichergestellt werden kann.

⁴² Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 27. Juni 1994.

⁴³ Vgl. Handelsblatt vom 18./19. Februar 1994.

Tabelle 10

Höhe und Entwicklung der Verkehrsleistung im Personenverkehr nach Verkehrsträgern 1993 bis 1994¹⁾

	1993	1993	Jan.-Juli 1994
	Mrd. Personenkilometer	Veränderung ²⁾ in vH	
Personenverkehr insgesamt	556,4	-5,0	-11,0
davon:			
Schienenverkehr ³⁾	272,5	8,0	-23,0
Straßenverkehr ⁴⁾	199,3	-6,0	-7,0
Binnenschifffahrt	1,6	-16,0	-29,0
Luftverkehr	83,0	-29,0	-15,0

¹⁾ Öffentlicher Verkehr, ohne Werkverkehr. — ²⁾ Veränderung gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. — ³⁾ Ohne U-Bahnen und Straßenbahnen. — ⁴⁾ Einschließlich U-Bahnen und Straßenbahnen.
Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994.

dersprüchlich. Der Straßengüterverkehr, der bislang nur eine ergänzende Rolle als Vor- und Nachlaufverkehr zum Eisenbahnverkehr spielte, gewinnt offenbar an Bedeutung. Zwar ist nach den offiziellen Daten das Verkehrsaufkommen des Straßengüterverkehrs 1993 und in den ersten sieben Monaten 1994 sogar rascher zurückgegangen als das der Eisenbahn (vgl. Tabelle 9). Der Rückgang bei den inzwischen privatisierten Betrieben war aber geringer als bei den noch staatlichen. Auf die privatisierten Betriebe entfielen 1993 bereits 45 vH des Transportaufkommens⁴⁴. Anderen Quellen zufolge soll zudem der Straßengüterfernverkehr in bisher ausschließlich von der Eisenbahn beherrschte Märkte vordringen⁴⁵.

Die früheren Straßenverkehrskombinate, in denen sowohl der Straßengüterverkehr als auch der öffentliche Straßenpersonenverkehr vereinigt waren, sind in zahlreiche kleinere Einzelbetriebe aufgelöst worden. Diese werden im Rahmen der kleinen Privatisierung kommerzialisiert und an private Betreiber veräußert. Ende 1993 waren rund zwei Drittel der etwa 1 000 Betriebe des Straßentransportwesens in Aktiengesellschaften umgewandelt worden; rund ein Viertel der Betriebe war privatisiert worden⁴⁶. Zu diesen treten im grenzüberschreitenden Verkehr, aber offenbar auch im inländischen Verkehr, neugegründete private Unternehmen, die zwar im Vergleich zu den kommerzialisierten oder privatisierten Betrieben relativ klein sind, aber doch an Marktanteilen gewinnen. Im öffentlichen Personennahverkehr auf der Straße leiden die Betriebe ebenfalls unter einem fortschreitenden Verschleiß des Fahrzeugparks. Die im Durchschnitt erheblichen Defizite der Verkehrsbetriebe führen nicht zu Konkursen, weil die Betriebe nach Ansicht der sie tragenden Gebietskörperschaften einen wichtigen Beitrag für die Grundversorgung der Bevölkerung leisten. Die Gebietskörperschaften verhindern dementsprechend Konkurse in diesem Bereich; für Investitionen fehlen auch ihnen die Mittel⁴⁷.

Im Bereich der Binnenschifffahrt, deren Anteil am Ladaufkommen deutlich abgenommen hat (vgl. Tabelle 9), ist die Privatisierung der staatlichen Binnenschiffsreedereien noch in den Anfängen; es haben sich daneben aber schon private Reedereien gebildet. Die 21 großen staatlichen und bislang hoch subventionierten Binnenreedereien sollen aufgeteilt und in 136 Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Diese Umstrukturierung ist offenbar nunmehr angelaufen. Zu einer Privatisierung ist es bisher nur in wenigen Fällen gekommen; bei diesen und geplanten weiteren Privatisierungsaktionen handelt es sich praktisch ausschließlich um Teilprivatisierungen mit einer staatlichen Mehrheitsbeteiligung⁴⁸.

In der Seeschifffahrt ist die Situation mit derjenigen in der Hafenwirtschaft vergleichbar. Nach der Auflösung der UdSSR ging ein beträchtlicher Teil der Flotte — insbesondere Spezialschiffe wie Kühlschiffe, Gas- und Mineralöltanker — auf die anderen GUS- und die baltischen Staaten über, während der Russischen Föderation eine unsystematisch zusammengestellte Flotte verblieb. Trotz des — allerdings relativ bescheidenen — Rückgangs des Transportaufkommens russischer Schiffe (vgl. Tabelle 9) machen sich Kapazitätsengpässe insgesamt und insbesondere bei Spezialschiffen bemerkbar. Ausländische Reedereien haben den verschiedenen und inzwischen zu knapp 50 vH kommerzialisierten Nachfolgebetrieben der ehemaligen sowjetischen Staatsreederei mittlerweile deutlich den

⁴⁴ Vgl. Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S. 62 f.

⁴⁵ Vgl. Izvestija vom 7. Juli 1994.

⁴⁶ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 62; Izvestija vom 3. März 1994.

⁴⁷ Vgl. Vestnik Ekonomiki, Juli/August 1994, S. 28 f.

⁴⁸ Vgl. Deutsche Verkehrszeitung, Nr. 70/1994, S. 11.

Rang abgelaufen und befördern fast zwei Drittel der russischen Im- und Exporte⁴⁹.

Am weitreichendsten innerhalb des Verkehrswesens erscheinen die Veränderungen der Marktstrukturen im Luftverkehr. In den letzten Jahren hat sich das Bild im Luftverkehr vom Monopol der „Aeroflot“ vollständig gewandelt. Von der ehemaligen Aeroflot ist nur noch der Kern des Auslandsflugdienstes „Aeroflot Russian International“ (ARIA) übriggeblieben, der nur noch die internationalen Verbindungen bedient⁵⁰. Im Sommer 1994 ist nach eineinhalbjähriger Verzögerung die Privatisierung der ARIA beschlossen worden. Dabei handelt es sich aber nur um eine Teilprivatisierung: 51 vH des Aktienkapitals sollen in der Hand der Russischen Föderation verbleiben. Die übrigen 49 vH der Aktien sollen an die Beschäftigten der Aeroflot gehen⁵¹.

Der gesamte inländische Luftverkehr wird von einer großen und noch wachsenden Zahl von kleinen Fluggesellschaften — derzeit sind es über 300 — abgewickelt. Diese sind aus den früheren regionalen Verwaltungen der alten Aeroflot hervorgegangen, sind nunmehr organisatorisch selbständig und zum überwiegenden Teil noch in staatlichem Eigentum⁵². Hinzu kommen wenige neugegründete private Fluglinien, die bislang eine Lizenz erhalten haben.

Trotz der großen Anzahl von Fluggesellschaften herrscht auf kaum einer Route Wettbewerb, so daß für die meisten Gesellschaften weder eine wirkungsvolle Kostenkontrolle noch Druck zu einer Verbesserung des Service bestehen. Zugleich hat die Zersplitterung des Inlandsluftverkehrs auch dazu geführt, daß Kostenvorteile aus einem Netzverbund nicht genutzt werden können.

Insgesamt erscheint die Umstrukturierung des Transportwesens noch wenig vorangeschritten. Die Privatisierung der staatlichen Transportbetriebe ist meist bei einer Umwandlung in eine private Rechtsform stehengeblieben. Wo tatsächlich Aktien in private Hände gegeben wurden oder werden sollen, bleibt es fast immer bei privaten Minderheitsbeteiligungen. Zwar treten auf einzelnen Transportmärkten erste private Wettbewerber auf, sie spielen aber noch keine große Rolle. Die staatlichen bzw. kommerzialisierten Betriebe haben ihre bisherige Inflexibilität nicht ablegen können, machen meist hohe Verluste und sind dementsprechend subventionsträchtig.

Anpassung aus regionaler Perspektive

Für die einzelnen Wirtschaftsräume waren die Startbedingungen für den Übergang zur Marktwirtschaft aufgrund der historisch herausgebildeten Produktionsstrukturen, des bis zur Preisliberalisierung wirkenden Preissystems und extremer klimatischer Bedingungen sehr differenziert⁵³. Es wurden deshalb umfangreiche Umverteilungen zu Gunsten einzelner Regionen vorgenommen, so daß das verwendete Nationaleinkommen in 23 Regionen höher war als das produzierte. Dazu gehörten vor allem Regionen

Sibiriens und des Fernen Ostens. In den letzten zwei Jahren sind die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsräumen und den Regionen noch größer geworden. Die Region mit der höchsten Pro-Kopf-Industrielleistung produzierte Ende 1993 das 3-fache der Region mit der niedrigsten. Dieser Faktor betrug am Ende des ersten Halbjahres 1994 vier. Das ist die Folge eines besonders starken Produktionsrückganges in den bisher schwach entwickelten Republiken Altai, Adygeja, Kalmückien und in der Kabardino-Balkarischen Republik⁵⁴.

Die reale Industrieproduktion ist im ersten Halbjahr 1994 auf 52,6 vH des Vergleichszeitraumes des Jahres 1991 gesunken (vgl. Übersicht 1). Die Abweichungen von der durchschnittlichen Entwicklung der Industrieproduktion zwischen und innerhalb der Wirtschaftsräume erklären sich, soweit der statistische Ausweis nach Verwaltungseinheiten darüber eine Aussage zuläßt, vor allem durch die unterschiedliche regionale Verteilung der Roh- und Brennstoffförderung bzw. des verarbeitenden Gewerbes. Wirtschaftsräume mit starker Roh- und Brennstoffförderung weisen überwiegend geringere reale Produktionssenkungen als der Durchschnitt aus. In Ostsibirien wurde z.B. in fast allen Verwaltungseinheiten ein unterdurchschnittlicher Rückgang der Produktion verzeichnet. Dagegen ist in den Wirtschaftsräumen, in denen vorrangig das verarbeitende Gewerbe angesiedelt ist, ein größerer Rückgang der realen Produktion festzustellen als im Durchschnitt Rußlands. Das betrifft vor allem den Zentralen Wirtschaftsraum und den Wolga-Wjotka-Wirtschaftsraum. Für den Zentralen Wirtschaftsraum ist festzustellen, daß alle Bezirke (Ausnahme: Oblast Smolensk) einen überdurchschnittlich hohen realen Produktionsrückgang ausweisen. Besonders starke Rückgänge sind im Wirtschaftsraum Nordkaukasus und in den Oblasten Kurgow und Pskow eingetreten.

Die Produktion der Holzwirtschaft wird infolge des Zusammenbruchs der Investitionsgüternachfrage, wegen der steigenden Transportkosten und der veralteten Anlagen

⁴⁹ Vgl. Izvestija vom 3. März 1994; Nachrichten für Außenhandel vom 17. September 1993 und 1. März 1994.

⁵⁰ Die ARIA war ursprünglich als Rechtsnachfolger der alten Aeroflot im Besitz sämtlicher Flugrechte im internationalen Verkehr, veräußert diese inzwischen aber zum Teil an andere Gesellschaften.

⁵¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juli 1994.

⁵² Vgl. Financial Times vom 9./10. April 1994.

⁵³ Die Statistik unterscheidet nach Wirtschaftsräumen und Verwaltungseinheiten (Republiken, Kraj, Oblaste). Darüber hinaus sind weitere Gruppierungen nach sozialökonomischen Gesichtspunkten möglich. Das russische Wirtschaftsministerium geht von folgender Gruppierung aus: historisch schwach entwickelte Gebiete, Gebiete mit nationalen Konflikten, Gebiete mit vorwiegend verarbeitendem Gewerbe, Gebiete mit einer Konzentration des Militär-industriellen Komplexes, Rohstofffördergebiete, Agrargebiete, das Gebiet des hohen Nordens und des Fernen Ostens.

⁵⁴ Vgl. Vestnik Ekonomiki, Juli/August 1994, S. 42 ff.

Übersicht

Daten zur Wirtschaftsentwicklung in den Regionen
in vH

	Entwicklung der realen Industrieproduktion 1. Halbjahr 1994 gegenüber dem 1. Halbjahr		Entwicklung der Gewinne Januar bis Mai 1994 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres		Anteil der Verlustbetriebe an der Zahl der Betriebe im Juni 1994	
	1993	1991	Insgesamt	Industrie	Insgesamt	Industrie
Russische Föderation	74,2	52,6	218,6	212,6	31,3	21,9
Nördlicher Wirtschaftsraum			170,1	157,8	33,3	25,6
Republik Karelien	80,3	64,2	168,3	174,6	27,5	18,6
Republik Komi	80,8	55,2	150,7	36,4	39,2	33,3
Oblast Archangelsk	74,6	57,3	213,6	214,0	34,5	27,1
Oblast Wologda	77,5	68,0	219,9	194,1	27,3	22,1
Oblast Murmansk	87,6	64,6	125,1	146,4	38,9	27,8
Nord-Westlicher Wirtschaftsraum			243,8	224,2	25,6	15,5
Stadt St. Petersburg	72,2	48,1	226,0	208,0	19,7	11,0
Oblast Leningrad	71,3	56,5	363,9	340,5	24,1	17,3
Oblast Nowgorod	71,3	57,0	166,1	136,9	34,6	21,9
Oblast Pskow	50,3	34,3	288,2	219,1	33,3	19,0
Zentraler Wirtschaftsraum			291,8	262,4	23,3	15,9
Oblast Brjansk	63,2	39,8	276,2	251,8	32,5	20,2
Oblast Wladimir	67,7	44,7	231,0	196,9	23,0	14,0
Oblast Iwanowo	78,0	41,5	192,7	175,7	27,5	22,9
Oblast Kaluga	66,9	39,3	331,5	302,2	28,8	18,1
Oblast Kostroma	63,5	47,4	243,0	193,7	34,6	29,5
Stadt Moskau	62,8	39,9	305,3	290,1	17,5	9,3
Oblast Moskau	58,9	40,3	338,6	297,1	13,5	9,3
Oblast Orel	65,0	43,5	192,7	160,1	32,8	22,8
Oblast Rjasan	71,9	49,0	263,0	224,0	26,0	18,4
Oblast Smolensk	70,3	53,9	214,6	186,2	35,7	29,8
Oblast Twer	70,4	47,9	326,5	294,8	26,1	19,7
Oblast Tula	58,9	41,5	244,5	227,5	24,0	19,3
Oblast Jaroslawl	69,4	47,1	320,8	287,0	18,5	7,6
Wolga-Wjatski-Wirtschaftsraum			205,2	195,4	27,5	18,0
Republik Mari-Jel	77,8	48,4	260,0	199,6	28,3	20,4
Republik Mordowa	65,3	45,4	106,2	143,8	28,7	22,6
Republik Tschuwaschien	64,5	42,7	287,1	278,9	29,5	13,6
Oblast Kirow	65,3	47,5	227,3	205,6	33,9	21,1
Oblast Nishni Nowgorod	66,9	59,9	194,8	186,9	20,7	15,8
Zentraler-Schwarzerde-Wirtschaftsraum			199,2	184,3	28,7	18,8
Oblast Belgorod	84,1	72,2	245,6	239,2	26,0	14,9
Oblast Woronesch	57,8	44,0	251,4	229,4	25,3	17,5
Oblast Kursk	75,7	53,7	165,4	158,8	33,2	25,1
Oblast Lipzek	70,8	55,6	146,2	123,6	26,4	18,9
Oblast Tambow	68,4	52,3	182,3	198,8	34,0	18,1
Wolga-Wirtschaftsraum			247,2	253,9	30,7	19,0
Republik Kalmückien	63,9	41,4	—	—	47,9	55,6
Republik Tatarstan	64,5	50,8	152,7	173,6	25,6	20,4
Oblast Astrachan	79,1	61,5	201,4	200,6	38,8	19,7
Oblast Wolgograd	73,7	51,1	196,5	166,6	29,4	17,6
Oblast Pensa	65,1	49,4	233,7	229,1	36,1	25,3
Oblast Samara	74,1	58,8	344,9	360,1	17,9	15,0
Oblast Saratow	61,2	49,5	190,9	186,6	36,0	20,4
Oblast Uljanowsk	80,8	71,1	372,8	411,3	28,2	11,4

noch: Übersicht

	Entwicklung der realen Industrieproduktion 1. Halbjahr 1994 gegenüber dem 1. Halbjahr		Entwicklung der Gewinne Januar bis Mai 1994 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres		Anteil der Verlustbetriebe an der Zahl der Betriebe im Juni 1994	
	1993	1991	Insgesamt	Industrie	Insgesamt	Industrie
Wirtschaftsraum Nordkaukasus			203,4	208,9	31,3	23,1
Republik Adygeja	52,0	38,2	70,2	121,8	41,1	25,5
Republik Dagestan	66,0	34,5	24,7	67,8	33,1	32,3
Kabardino - Balkarische Republik	41,8	23,0	145,7	222,6	43,3	38,0
Rep. Karatschajewo- Tscherkessien	64,7	29,6	82,8	147,6	39,9	30,1
Republik Nordossetien	73,1	32,5	52,7	65,7	29,9	30,5
Rep. Tschetscheno-Inguschetien						
Region Krasnodar	74,4	54,4	181,8	222,1	30,5	18,1
Region Stawropol	71,5	45,6	273,0	176,6	27,7	21,2
Oblast Rostow	68,8	48,4	238,1	243,4	29,1	21,2
Wirtschaftsraum Ural			211,2	188,1	31,5	19,4
Republik Baschkortostan	81,2	61,9	145,6	127,6	30,9	16,2
Republik Udmurtien	63,6	42,2	171,5	156,1	34,5	22,3
Oblast Kurgan	50,0	33,9	196,6	185,4	45,3	37,0
Oblast Orenburg	74,7	58,3	177,3	114,1	39,9	26,7
Oblast Perm	73,7	51,8	246,9	254,6	29,7	19,8
Oblast Jekaterinenburg	73,4	49,8	220,5	189,2	26,0	14,9
Oblast Tscheljabinsk	66,6	45,9	278,3	255,8	28,5	17,3
Wirtschaftsraum Westsibirien			145,3	151,9	38,2	29,4
Republik Berg-Altai	64,5	54,0	167,7	72,5	53,2	50,0
Region Altai	55,2	35,8	165,3	164,3	41,7	27,7
Oblast Kemerowo	88,7	66,8	121,7	127,9	32,7	29,5
Oblast Nowosibirsk	65,9	46,7	350,4	394,2	33,4	19,0
Oblast Omsk	69,2	54,3	258,6	260,6	39,8	29,2
Oblast Tomsk	73,0	59,1	235,8	293,8	48,9	44,7
Oblast Tjumen	87,1	67,7	74,6	65,4	41,0	34,7
Wirtschaftsraum Ostsibirien			272,8	276,7	43,2	35,6
Republik Burjatien	74,4	61,0	158,7	252,3	54,2	49,0
Republik Tuwa	76,9	49,8	—	—	48,0	52,4
Republik Chakassien	79,6	68,7	284,4	267,5	38,6	30,2
Region Krasnojarsk	86,2	55,5	263,2	263,6	39,7	33,9
Oblast Irkutsk	88,4	71,0	297,1	317,4	38,5	28,5
Oblast Tschita	69,1	40,9	315,8	195,4	48,8	39,1
Wirtschaftsraum Ferner Osten			84,1	217,7	45,3	36,7
Republik Sacha (Jakutien)	92,6	77,4	76,3	594,5	56,8	46,5
Region Primorje	73,0	55,7	128,3	186,7	35,5	24,0
Region Chabarowsk	66,7	47,1	152,5	106,7	32,0	35,5
Amur-Oblast	74,2	51,3	234,8	189,3	46,2	30,3
Kamschatka-Oblast	72,9	48,9	—	76,2	51,4	38,1
Oblast Magadan	81,7	63,8	13,0	85,9	56,3	52,6
Oblast Sachalin	74,9	57,8	—	349,3	54,4	42,3
Oblast Kaliningrad	65,0	48,5	145,5	69,1	28,4	23,2

Quelle: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 154, 299, 302.

eingeschränkt. Um mehr als 40 vH sank die Nutzholzproduktion in den Oblasten Irkutsk, Tomsk, Tjumen, Sachalin, im Kraj Chabarowsk und in der Republik Burjatien. Eine Ausnahme bildet die Karelische Republik, wo auf der

Grundlage eines Regierungsprogrammes zur Unterstützung der Holzwirtschaft, der günstigen geographischen Lage und in Kooperation mit skandinavischen Staaten die Betriebsanlagen modernisiert, die Qualität der Produkte

verbessert, die Absatzmärkte erweitert und damit die Produktion fast auf dem bisherigen Niveau gehalten wurde⁵⁵. Verglichen mit der regionalen Entwicklung der Industrie verlief die regionale Entwicklung in der Landwirtschaft — gemessen an der durchschnittlichen Entwicklung in der Russischen Föderation — bisher gleichförmig. Allerdings haben steigende Transport- und Futterkosten in einigen extrem gelegenen Regionen besondere Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Futter bewirkt, so daß die tierische Produktion überdurchschnittlich gesunken ist (Oblaste Magadan und Tschukotsk). Eine gegenüber der Vorjahresperiode gesunkene Futterproduktion läßt in der Folge weitere Leistungsrückgänge erwarten⁵⁶.

Besonders schwierige Bedingungen für die Wirtschaftsentwicklung existieren in den Regionen des hohen Nordens und des Fernen Osten: hohe Abhängigkeit von den Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Regionen, schlechte klimatische Bedingungen, unterentwickelte Infrastruktur, große Entfernungen zu den Märkten und hohe Kosten für Elektro- und Wärmeenergie. Diese Bedingungen sind auch dafür ausschlaggebend, daß in den letzten Jahren die Migration der Bevölkerung aus den Verwaltungseinheiten des nördlichen Wirtschaftsraums (1993: Republik Komi: 12 300 Personen, Oblast Murmansk: 21 800 Personen), aus Ostsibirien (1993: Republik Sacha: 13 100 Personen) und vor allem aus dem Fernen Osten (1993: Autonome Kreis Tschukotsk: 75 100 Personen) in den Zentralen Wirtschaftsraum, in den Wolga-Wjatka-, den Wolga- und den Zentralen Schwarzerde-Wirtschaftsraum zugenommen hat⁵⁷.

Unterschiede zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten gibt es auch hinsichtlich der Arbeitslosenquote (vgl. Tabelle 11). Die niedrigsten Arbeitslosenquoten (1. Dezember 1993) werden für einen großen Teil der nordkaukasischen, ostsibirischen und fernöstlichen Republiken und Oblaste, die höchsten Quoten für den Oblast Pskow (3,4), die Republiken Mordowien und Tschuwaschien (je 3,2) und für die Republik Dagestan (4,4) ausgewiesen⁵⁸. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in den Regionen von Dezember 1993 bis Juni 1994 durchschnittlich um 50,8 vH gestiegen. Die Wirtschaftsräume mit dem höchsten Zuwachs sind Ostsibirien (81,8 vH), der Ferne Osten (80 vH) und der Zentrale Schwarzerde-Wirtschaftsraum (78,4 vH). Das Industriepersonal wurde gegenüber Dezember 1993 um durchschnittlich 9,7 vH abgebaut. Insgesamt ist jedoch die regionale Differenzierung der Arbeitslosigkeit angesichts der sehr unterschiedlichen Produktionsergebnisse relativ gering.

Da nach Auffassung der russischen Regierung die Ursachen für die historisch entstandene Situation und die negativen Entwicklungstendenzen in einem Teil der Regionen nicht durch betriebliche Entscheidungen beseitigt werden können, ist die bevorzugte Unterstützung einzelner Regionen bzw. Branchen im Rahmen von Entwicklungsprogrammen auch weiterhin vorgesehen. Das gilt insbesondere für den Fernen Osten, Teile Sibiriens und den hohen Norden, die auch in Zukunft die Roh- und Brennstoffe sowie Holz für die russische Wirtschaft und den Export liefern sollen. Es

ist zu befürchten, daß durch solche Programme die Anpassung der Betriebe und Regionen an die marktwirtschaftlichen Erfordernisse weiter hinausgezögert wird.

Anpassung aus der Eigentumperspektive

Fortgang der Privatisierung

Der Privatisierungsprozeß hatte sich bereits im Jahre 1993 wesentlich beschleunigt. Die Privatisierung staatlichen Eigentums wurde bis zum Abschluß der Voucher-Privatisierung am 30. Juni 1994, mit der auch gleichzeitig die erste Privatisierungsphase beendet wurde, zügig fortgesetzt. So sollen während der ersten Privatisierungsphase etwa 74 vH der kleinen Unternehmen sowie etwa 50 vH der mittleren und großen Unternehmen privatisiert worden sein (vgl. Tabelle 12). Die kleinen Unternehmen sind in den Bereichen Handel, Gastronomie und sonstige Dienstleistungen angesiedelt. Sie wurden zu mehr als 70 vH von ihren Belegschaften, vornehmlich über Ausschreibungen und andere Formen der Einzelprivatisierung, erworben. Im Rahmen von Scheckauktionen wurde der überwiegende Teil der mittleren und großen Unternehmen — etwa 13 000 bis Ende Juni 1994 — teilprivatisiert; d. h. es wurde durchschnittlich nur ein kleiner Teil der Aktien dieser Unternehmen auf Scheckauktionen angeboten (vgl. Tabelle 13)⁵⁹. Die Aktienmehrheiten gingen in 75 vH aller Privatisierungsfälle an die Belegschaften, die 51 vH der Anteile zu Vorzugskonditionen erwerben konnten. Außerdem hält der Staat bei mehr als 50 vH der privatisierten mittleren und großen Unternehmen auch weiterhin mindestens 25 vH der Aktien. Bislang wurden 144,5 Mill. bzw. 97 vH der ausgegebenen Privatisierungsschecks eingesetzt⁶⁰. Ein großer Teil der Schecks, die Zahl von 65 Mill. wird genannt, wurde zudem nicht unmittelbar von den Bürgern, sondern über die mittlerweile 640 Investmentfonds investiert⁶¹.

⁵⁵ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii, 1994 goda i prognoz na bližajšuju perspektivu. Moskau 1994, S. 89.

⁵⁶ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 228.

⁵⁷ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 347.

⁵⁸ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 347 f.

⁵⁹ Anfang Juli wurde seitens des Staatskomitees für Vermögen die Zahl von 14 000 Groß- und Mittelbetrieben genannt, die auf Voucherbasis privatisiert worden sind. VWD-Osteuropa vom 4. Juli 1994.

⁶⁰ Diese Schecks sollten ursprünglich zum 1. Juli 1994 ihre Gültigkeit verlieren, jedoch dürfen sie nach einem entsprechenden Erlaß des Präsidenten bis zum 1. Dezember 1994 weiterverwendet werden.

⁶¹ Bericht über die Ergebnisse der ersten Phase der Privatisierung in der Russischen Föderation und die Grundsätze der Privatisierung von staatlichen und kommunalen Betrieben nach dem 1. Juli 1994. Goskomimuschestvo, Moskau 1994, S. 1 ff.; VWD-Osteuropa vom 22. Juli 1994, S. 2.

Tabelle 11

Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen und der Beschäftigten in der Industrie
in vH

	Zuwachs an Arbeitslosen Juni 1994 gegenüber Dezember 1993	Rückgang an Beschäftigten in der Industrie Juni 1994 gegenüber Januar 1994
Russische Föderation	50,8	-9,7
Nördlicher Wirtschaftsraum	52,6	-9,0
Nord-Westlicher Wirtschaftsraum	33,5	-12,8
Zentraler Wirtschaftsraum	35,8	-10,4
Wolga — Wjatka — Wirtschaftsraum	37,6	-9,0
Zentraler Schwarzerde — Wirtschaftsraum	78,4	-7,5
Wolga — Wirtschaftsraum	63,0	-8,5
Nordkaukasus	39,5	-10,3
Ural	69,4	-9,3
Westsibirien	61,7	-9,9
Ostsibirien	81,8	-9,5
Ferner Osten	80,0	-9,5

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 292; Osnovnye pokazateli raboty promyšlennosti za janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 27.

Was das Gewicht der einzelnen Gebietskörperschaften bei der Privatisierung betrifft, so wurden mehr als 60 vH der im Jahre 1993 privatisierten Betriebe von den Kommunen veräußert, während sich die übrigen Betriebe auf die Regionen (u.a. Republiken und Oblaste) und die Föderation verteilten (vgl. Tabelle 14). Allerdings ergibt sich ein völlig anderes Bild, wenn man den Wert der privatisierten Betriebe betrachtet: Dann entfielen auf die übergeordneten Gebietskörperschaften mehr als 60 vH. Diese Verteilung läßt sich dadurch erklären, daß die Beteiligung der Kommunen überwiegend auf die kleine Privatisierung und damit auf den Dienstleistungsbereich beschränkt war. Da die kleine Privatisierung fast abgeschlossen ist, liegt die Verantwortung für die zweite Privatisierungsphase, von der hauptsächlich die Industrie betroffen sein wird, weitgehend bei den Regionen und der Föderation (vgl. Tabelle 15).

Zieht man eine Zwischenbilanz nach der ersten Privatisierungsphase, so ergibt sich ein zwiespältiges Bild: Die kleine Privatisierung wird bald abgeschlossen sein. Dieser Erfolg wird dadurch getrübt, daß in der Regel die Immobilien nur auf fünf Jahre verpachtet wurden, während sich der wirkliche Verkauf auf das Inventar beschränkte. Die ernstesten Probleme scheinen allerdings eher bei der großen Privatisierung zu liegen, die private Eigentümer hervorbringen sollte, die den notwendigen Strukturwandel einleiten können.

Inwieweit die Privatisierung zur Entwicklung des Privatsektors insgesamt beigetragen hat, ist schwer abzuschätzen. Denn aufgrund der statistischen Erfassungs- und Abgrenzungsprobleme sollten die vorhandenen Kennziffern mit Vorbehalten betrachtet werden⁶².

Danach entfielen im Jahre 1993 bei der Beschäftigung lediglich knapp 25 vH auf den Privatsektor. Der Anteil der rein privaten Unternehmen an der Industrieproduktion betrug in der ersten Hälfte 1994 nur etwa 7 vH. Im ersten Halbjahr 1994 wurden nach offiziellen Angaben 58 vH des BIP (1993: 52 vH) außerhalb des staatlichen Sektors erwirtschaftet. Dieser Bereich umfaßt neben rein privaten auch die „gemischten“ Unternehmen⁶³, die vorwiegend als Kapitalgesellschaften mit staatlicher Minderheitsbeteiligung organisiert sind, nicht aber die ausländischen Unternehmen. Im Zuge der Privatisierung ist vor allem die Bedeutung der gemischten Unternehmen gestiegen. Durch sie werden mittlerweile 35 vH (1993: 31 vH) des BIP erstellt. Auf rein private Unternehmen entfallen 23 vH (1993: 21 vH)⁶⁴.

⁶² Zu beachten ist insbesondere, daß Kolchosen und andere Genossenschaften zum Privatsektor hinzugerechnet werden.

⁶³ Zum „nichtstaatlichen“ Sektor scheinen neben privaten und „gemischten“ Unternehmen auch die gesellschaftlichen Organisationen zu gehören, deren Bedeutung aber relativ gering ist.

⁶⁴ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 5.

Tabelle 12

Stand der Privatisierung 1992 bis 1994¹⁾

Unternehmensklassen ²⁾	Anzahl der privatisierten Unternehmen absolut bzw. in vH der Unternehmensklasse, kumuliert		
	1992 ³⁾	1993 ³⁾	Juli 1994 (Monatsanfang)
Kleine Unternehmen	35 000 (29,5-35 vH)	etwa 86 000	etwa 84 000 ⁴⁾ (44vH)
Mittlere Unternehmen	11 000 (7,9-8,5 vH)		etwa 15 000 ⁵⁾ (49 vH)
Große Unternehmen	336 (6,7-7 vH)	etwa 2 200 (44 vH)	
Unternehmen insgesamt	46 000	89 000	etwa 99 000

1) Jeweils Jahresende. — 2) Die Abgrenzung zwischen den Unternehmensklassen und die Unternehmenszählungen sind nicht eindeutig; zudem haben sich im Zeitablauf die Grundgesamtheiten mehrfach geändert. — 3) DIW / IfW / IWH 1994a, S. 20. — 4) Goskomimuschestvo 1994, S. 3; Planecon 1994, S. 10. — 5) VWD — Osteuropa vom 22.7.1994, S. 2; vielfach wird die Zahl der privatisierten mittleren und großen Unternehmen mit 20 000-21 000 (70-71 vH) angegeben; dabei dürfte es sich jedoch um alle bislang als offene Aktiengesellschaften registrierten Betriebe handeln, die nur zu einem Teil privatisiert wurden, siehe hierzu Goskomimuschestvo, 1994, S. 5.

Quellen: Vgl. Fußnoten 3-5 der Tabelle; Berechnungen der Institute.

Dagegen expandiert in der Bauwirtschaft der Anteil des rein privaten Sektors. Von den Bauleistungen wurden bis zur Jahresmitte bereits 24 vH (1993: 17 vH) durch private Unternehmen erbracht, während der Beitrag gemischter Unternehmen mit 49 vH (1993: 50 vH) stagnierte. Staatliche Unternehmen haben inzwischen nur noch einen Anteil von 27 vH (1993: 33 vH)⁶⁵. Im Straßentransport wurden im ersten Quartal 1994 von privaten Unternehmen 54 vH der Güter befördert⁶⁶. Im Einzelhandel entfielen in den ersten sechs Monaten 1994 etwa 77 vH (1993: 75 vH) des Warenumsatzes auf den nichtstaatlichen Sektor (einschließlich Genossenschaften); bei Gaststätten und Kantinen waren es etwa 55 vH.

Gemessen an der gestiegenen Bedeutung gemischter und privater Unternehmen bei der Erstellung des BIP sind die von ihnen getätigten Investitionen noch relativ gering: Nur 30 vH der Gesamtinvestitionen wurden im ersten Halbjahr 1994 durch gemischte Unternehmen und lediglich 16 vH durch rein private Unternehmen durchgeführt⁶⁷. Der scheinbar hohe Pro-Kopf-Beitrag gemischter Unternehmen ist einerseits dadurch zu erklären, daß sich im staatlichen Sektor noch arbeitsintensive Wirtschaftszweige (Landwirtschaft) befinden. Andererseits wird der rein private Sektor hinsichtlich seines Beitrages zum BIP und der Beschäftigtenzahl derzeit nur unzureichend erfaßt; ein Handelsregister befindet sich erst im Aufbau.

Entwicklung der privaten Kleinunternehmen

Eines der neuen Elemente in der russischen Unternehmensstruktur sind Kleinunternehmen, die sich überwie-

gend in Privathand befinden. Bis 1985 existierten in Rußland nahezu keine nichtstaatlichen Kleinunternehmen. Mit dem Genossenschaftsgesetz (1987) und dem Pachtgesetz (1989) setzte eine erste Gründungswelle von Kleinunternehmen — überwiegend auf genossenschaftlicher Basis — ein. Ende 1990 wies die Statistik fast 150 000 solcher Betriebe aus. Nach der Annahme des Unternehmensgesetzes (Anfang 1991), das eine weitgehende Deregulierung der Unternehmensgründung vorsah und unterschiedliche Eigentums- und Rechtsformen erlaubte, verdoppelte sich innerhalb eines Jahres die Zahl der Kleinunternehmen. Diese Entwicklung erhielt, besonders im Handel, der Gastronomie und in der Dienstleistungssphäre, einen weiteren Impuls durch die Mitte 1992 einsetzende kleine Privatisierung, in deren Ergebnis mehr als 100 000 private Kleinunternehmen entstanden. Anfang 1994 existierten über 900 000 Kleinunternehmen (Schaubild S. 57). In ihnen sind etwa 9 Mill. Personen beschäftigt, was 15 vH der gesamten Beschäftigung in Rußland entspricht. Im Handel und in der Gastronomie sind es sogar 39 vH und in der Bauwirtschaft 40 vH der Arbeitnehmer der entsprechenden Branche⁶⁸.

⁶⁵ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 41 und 204; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 256.

⁶⁶ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 20.

⁶⁷ Angaben zu den Investitionen nichtstaatlicher Unternehmen in einzelnen Wirtschaftsbereichen liegen derzeit nicht vor. Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 35.

⁶⁸ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 70.

Tabelle 13

Die Ergebnisse der Scheckauktionen nach Wirtschaftszweigen
Stand: 24.6.1994

	Anzahl der Betriebe	Grundkapital zum Verkauf (Mill. Rubel)	Durchschnittlich verkaufte Anteile pro Betrieb (vH)	Mittelkurs der Auktionen ¹⁾
Wirtschaftszweige insgesamt				
zum 1. 5.1993	1 779	—	25,0	1,9
zum 5.11.1993	4 829	—	—	—
zum 31.12.1993	7 514	—	20,8	1,7
zum 24. 6.1994 ²⁾	12 754	165 802	18,8	1,8
darunter				
Land- und Forstwirtschaft, Fischfang	159	1 064	24,9	2,5
Kohlegewinnung	27	87	24,9	4,1
Erdöl- und Gasgewinnung	22	13 427	15,5	1,6
Gewinnung sonstiger Rohstoffe	70	1 213	25,7	1,7
Nahrungsmittel- und Tabakindustrie	899	4 086	21,8	0,9
Leichtindustrie	714	8 170	20,2	3,2
Holzverarbeitung und Papierproduktion	841	5 049	22,1	1,8
Verlagswesen	37	95	24,8	0,9
Erdölverarbeitung	58	9 438	10,3	1,1
Chemische Industrie	1 281	18 337	20,0	1,9
Metallurgie	382	23 007	22,1	2,2
Elektronik, Maschinenbau, Betriebsanlagen	1 663	23 945	20,8	2,3
Transportmaschinenbau	163	14 853	29,2	3,2
Möbelindustrie	150	510	23,4	1,1
Verarbeitung von Sekundärrohstoffen	109	194	22,4	1,4
Elektrizitätswirtschaft	65	14 223	12,1	1,9
Wasserwirtschaft	22	81	24,7	3,3
Bauwesen	2 041	7 755	22,3	2,6
Kfz-Handel und Werkstätten	268	533	23,5	1,7
Großhandel	821	2 829	22,3	1,5
Einzelhandel, Instandsetzung von				
Haushaltstechnik	168	480	27,3	0,3
Hotels und Gaststätten	48	3 168	29,5	0,9
Landverkehr	1 271	2 368	24,1	1,9
Wasserverkehr	83	3 294	17,0	1,5
Luftverkehr	15	194	14,1	1,7
Hilfstätigkeiten beim Transport	20	34	26,2	0,6
Post und Fernmeldewesen	49	1 377	21,8	0,3
Finanzdienstleistungen	11	55	36,2	0,7
Immobilienhandel	1	1	49,0	0,1
Anlagenleasing	10	14	21,9	3,1
EDV-Dienstleistungen	67	52	28,2	0,6
Wissenschaftstechnische Organisationen	544	1 754	29,9	1,1
Sonstige Dienstleistungen	281	1 182	21,2	3,3

1) Anzahl der 1000-Rubel-Aktien pro Privatisierungsscheck im Durchschnitt der Auktionen eines Wirtschaftszweiges. —
2) Schätzungen.

Quellen: Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Beschleunigte Talfahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 232/1994, und als IWH Forschungsreihe 2/1994 veröffentlicht; Kommersant vom 12.7. 1994, Nr.25, S. 61.

Hinzu kommen rund 11 Mill. Personen, die entweder zeitbeschäftigt sind oder auf der Basis von Werkverträgen für Kleinunternehmen arbeiten.

Eine Anfang 1994 von Goskomstat durchgeführte Erhebung⁶⁹, mit der etwa 480 000 Kleinunternehmen erfaßt wurden, erlaubt folgende Schlußfolgerungen:

Kleinunternehmen befinden sich weitgehend in Privatbesitz (75,3 vH). Nur 9,7 vH gehören dem Staat oder den

Kommunen, und der Rest ist entweder Eigentum von Verbänden und Vereinen oder hat eine gemischte Eigentumsform. Allerdings beschäftigen die staatlichen und kommunalen Kleinunternehmen mit durchschnittlich 38 Personen mehr als dreimal soviel Arbeitnehmer wie die privaten Kleinunternehmen (11 Personen). Im Unterschied zu ande-

⁶⁹ Vgl. Číslo malých podniků a číselnost' robotajůčich v nich. Goskomstat, Moskau 1994 (internes Arbeitsmaterial).

Tabelle 14

Verteilung der Privatisierungserlöse
in vH

Empfänger	Erlöse aus der Privatisierung					
	föderalen Eigentums		staatlichen Eigentums von Subjekten der Russischen Föderation		municipalen Eigentums	
	1)	2)	1)	2)	1)	2)
Örtliche Haushalte	9,0	10,0	9,0	10,0	19,0	75,0
Haushalte der Republiken, Krajs, Oblaste, autonome Oblaste, autonome Okrugs	15,0	10,0	20,0	65,0	10,0	—
Föderaler Haushalt	10,0	55,0	10,0	—	10,0	—
Staatskomitee für Vermögen	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Vermögensverwaltungskomitees, territoriale Agenturen des Staatskomitees für Vermögen	4,0	10,0	4,0	10,0	4,0	10,0
Föderativer Fonds zur Unterstützung des Unternehmertums	5,0	—	—	—	—	—
Russischer Fonds Föderativen Vermögens	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Vermögensfonds nationalstaatlicher national- und administrativ-territorialer Gebilde	4,0	10,0	4,0	10,0	4,0	10,0
Privatisierte Betriebe	51,0	—	51,0	—	51,0	—
Roskomsem		1,0		1,0		1,0
Örtliches Organ für Architektur und Städtebau		1,0		1,0		1,0
Örtliches Komitee für Bodenreserven		1,0		1,0		1,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Betriebe (privatisiert über Auktionen, Ausschreibungen oder Aktionsverkauf). — 2) Immobilien.
Quelle: Kommersant Nr. 29/1994, S. 54.

ren postsozialistischen Ländern ist die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in Kleinunternehmen mit 14 Personen relativ hoch (Industrie: 25; Bauwirtschaft: 24) und hat sich gegenüber 1992 sogar um drei Personen vergrößert. Unterschiedlich ist ebenso, daß sich die Kleinunternehmen nicht nur auf den Handel und das Gaststättenwesen konzentrieren. Je ein Drittel der erfaßten Arbeitnehmer ist in der Industrie und der Bauwirtschaft tätig⁷⁰. Das hängt wesentlich damit zusammen, daß die in diesen Bereichen bereits Ende der 80er Jahre entstandenen Pachtbetriebe mittlerweile in Privatbesitz übergegangen sind⁷¹.

Beträchtliche Disparitäten ergeben sich aus regionaler Sicht. Allein in der Stadt Moskau sind 22,7 vH aller erfaßten Kleinunternehmen registriert, in St. Petersburg 5 vH. Überdurchschnittlich hoch ist die Zahl der Kleinunternehmen auch in den Wirtschaftsräumen Nordkaukasus, Ural, Westsibirien sowie in den Gebieten Primorje und Chabarowsk, während in den meisten der autonomen Republiken (mit

Ausnahme von Baschkortostan und Tatarstan) sowie z.B. in den Gebieten Orlow, Tomsk, Tschita und einigen fernöstlichen Gebieten die Zahl der Kleinunternehmen und der in ihnen Beschäftigten noch gering ist. Ausschlaggebend dafür sind in erster Linie Standortfaktoren wie Infrastruktur, Kommunikation, Kaufkraft usw., die in großen Agglomerationen wesentlich besser entwickelt sind.

⁷⁰ Die Zuordnungen sind nicht immer eindeutig. Nach Angaben des Antimonopolkomitees der Föderation beschäftigen sich von den 220 000 in Moskau ansässigen Kleinbetrieben 46 vH mit allgemeiner kaufmännischer Tätigkeit, was bedeutet, daß sie auf vielen Gebieten tätig sind. Vgl. *Ekonomika i žizn'*, Nr. 25, Juni 1994.

⁷¹ Für das Jahr 1992 liegen dazu entsprechende Daten vor. Während in der Gesamtindustrie Kleinbetriebe lediglich 6,8 vH der Arbeitnehmer beschäftigten, waren es in der polygraphischen Industrie bereits 34,6 vH, in der Mühlenindustrie 28,4 vH, in der Lebensmittelindustrie 26,3 vH und bei der Produktion von Baumaterialien 14 vH. Das sind die Zweige, in denen Pachtbetriebe überdurchschnittlich vertreten waren. Vgl. *ifo Schnelldienst*, Nr. 20/1994, S. 20 ff.

Tabelle 15

Die Struktur des Privatisierungsprozesses 1993 und 1994¹⁾

	1993		1994 Januar-April	
	Zahl der Betriebe	in vH	Zahl der Betriebe	in vH
Privatisierte Betriebe insgesamt	42 924	100,0	7 956	100,0
nach staatlichen Eigentümern				
Kommunen	26 340	61,4	4 201	52,8
Regionen der Russischen Föderation	9 521	22,2	1 847	23,2
Föderation	7 063	16,4	1 908	24,0
nach Sektoren				
Industrie	12 504	29,1	2 554	32,1
darunter:				
Baumaterialien	860	2,0	175	2,2
Leichtindustrie	3 512	8,2	461	5,8
Nahrungsmittel	2 141	5,0	326	4,1
Landwirtschaft	734	1,7	223	2,8
Straßentransport	1 352	3,2	334	4,2
Bauwesen	2 923	6,8	875	11,0
Handel	14 865	34,6	2 379	29,9
Gastronomie	2 957	6,9	477	6,0
Dienstleistungen	7 589	17,7	1 114	14,0

1) Für den einzelnen Beobachtungszeitraum, nicht kumuliert.
Quellen: Unveröffentlichte Daten von Goskomstat Rossii und Berechnungen der Institute.

Eines der wichtigsten Probleme für die Entwicklung der kleinen Unternehmen ist ihr eingeschränkter Zugang zu Finanzdienstleistungen, insbesondere zu Krediten. Die Beschaffung von Fremdkapital für kleine Unternehmen wird vor allem wegen der Belastung des Finanzsystems durch zweifelhafte Forderungen der Banken und durch weitgehend fehlende Erfahrungen der Geschäftsbanken bei der Allokation finanzieller Ressourcen erschwert (Einschätzung und Handhabung von Kreditrisiken, Verwendung von Kreditsicherheiten, Kreditmonitoring)⁷². Untersuchungen in Tula und Nishnij-Nowgorod haben ergeben, daß bis zu zwei Drittel aller Kleinunternehmen noch nie einen Bankkredit in Anspruch genommen haben und nur etwa jedes zehnte Unternehmen einen steten Zugang zu Krediten besitzt. In einer besonders schlechten Lage befinden sich dabei neugegründete Unternehmen, die deshalb ihren Finanzierungsbedarf weitgehend im informellen Finanzbereich zu extrem hohen Kosten decken müssen. Handelsfirmen erhalten leichter Kredit, während Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor die größten Schwierigkeiten haben, einen Kredit zu bekommen. Beträchtliche Probleme für die Kleinunternehmen verursacht auch das unzureichend entwickelte Zahlungssystem. Vor allem die noch immer langwierige und unzuverlässige Zahlungsabwicklung führt nicht selten zu erheblichen Liquiditätsengpässen und hat eine wachsende Zahl von Bartergeschäften zur Folge⁷³.

Negative Wirkungen auf die Tätigkeit der Kleinunternehmen gehen zudem von der Steuergesetzgebung aus⁷⁴.

Zwar waren staatliche Unterstützungsmaßnahmen für Kleinunternehmen in erster Linie auf Steuervergünstigungen gerichtet⁷⁵. Deren Wirkung wurde aber weitgehend dadurch aufgehoben, daß Kleinunternehmen zahlreiche Abgaben in föderale und regionale Fonds zu leisten haben, so daß insgesamt eine steuerliche Entlastung kaum eingetreten ist⁷⁶. Zu vermuten ist jedoch auch, daß Kleinunternehmen in großem Maße Steuern hinterziehen. Grundsätzliche Veränderungen der Steuerpolitik gegenüber Kleinun-

⁷² Vgl. Pierre Calmon, Ilonka Rühle, Adalbert Winkler: Russia Small Business Fund, Pilot Scale Operations, Interdisziplinäre Projekt Consult GmbH. Frankfurt am Main, Januar 1994, S. 53 ff.

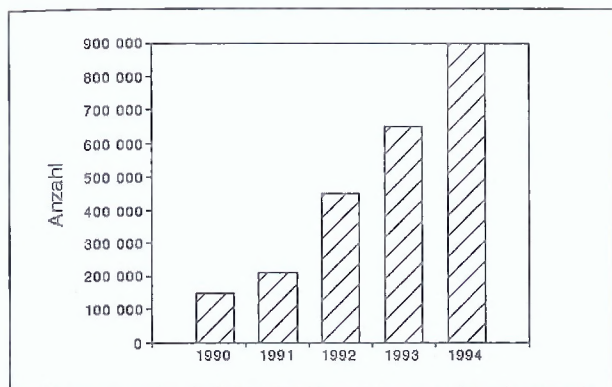
⁷³ Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Beschleunigte Talfahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 232/1994, und als IWH Forschungsreihe 2/1994 veröffentlicht.

⁷⁴ Vgl. O soversenstvovanii nalogovoj politiki v celjach stimulirovanija rossijskoj predprinimatel'stva. Moskau 1994, S. 5.

⁷⁵ Z.B. Gewinn- und Vermögensteuerbefreiungen für die ersten zwei Jahre; Sonderabschreibungen im ersten Geschäftsjahr von 50 Prozent der Grundfonds; Steuerbefreiung für reinvestierte Gewinne.

⁷⁶ Insgesamt müssen russische Unternehmer mehr als 40 Steuern, Abgaben, Zölle und Pflichtbeiträge für verschiedene föderale und regionale Fonds entrichten. Vgl. Pierre Calmon, Ilonka Rühle, Adalbert Winkler: Russia Small Business Fund, Pilot Scale Operations, Interdisziplinäre Projekt Consult GmbH. Frankfurt am Main, Januar 1994, S. 45.

**Anzahl der Kleinunternehmen
von 1990 bis 1994**



Quellen: Goskomstat; Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes beim Wirtschaftsministerium (NIEI) nach Angaben von Goskomimushchestvo.

ternehmen sind nicht vorgesehen. Allerdings sieht der Gesetzentwurf zur Unterstützung des Kleinunternehmertums vor, daß die steuerliche Belastung in den ersten fünf Jahren nach der Registrierung der Unternehmen nicht steigen darf⁷⁷.

Schließlich stellt sich vornehmlich für Neugründungen der Kauf bzw. die Pacht von Grundstücken sowie die Beschaffung von geeigneten Gebäuden und Produktionsstätten als ein Problem dar. Außerordentlich hohe und weiter steigende Mieten und Pachten, das Fehlen eines funktionierenden Immobilienmarktes und willkürliche Entscheidungen regionaler Behörden, die in der Regel Eigentümer des Bodens und der Gebäude sind, schaffen für Kleinunternehmer nicht selten unüberwindbare Hürden⁷⁸.

Allerdings schränkt auch die schwierige makroökonomische Gesamtsituation, insbesondere die fortdauernden Anspannungen in den Haushalten aller administrativen Ebenen, die Möglichkeiten für die staatliche Förderung der privaten Kleinunternehmen erheblich ein. Nach Angaben des Antimonopolkomitees wurden 1993 für die Investitionsförderung in Kleinunternehmen vom Staat lediglich 7 Mrd. Rubel zur Verfügung gestellt. Die Vorschläge dieser Behörde zu Investitionsprojekten umfaßten dagegen eine Summe von 700 Mrd. Rubel⁷⁹.

Ebenso entsprechen die im Föderalen Programm für 1994 vorgesehenen Unterstützungsmittel in Höhe von 210 Mrd. Rubel nur etwa 0,1 vH der Gesamtausgaben des konsolidierten Haushalts. Die durch Kleinunternehmen aufbrachten Steuereinnahmen übersteigen somit bei weitem die Fördermittel⁸⁰. Das bedeutet, daß der private Sektor auch zur Finanzierung von Staatsaufgaben oder der Defizite großer staatlicher Betriebe herangezogen wird.

Die Regierung hat die Förderung des privaten Kleinunternehmertums zu einem Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik erklärt⁸¹. Die Rechtsbasis dafür ist weitgehend geschaffen worden⁸² bzw. soll durch das in Kürze zu beschließende Gesetz zur Unterstützung des Kleinunternehmertums verbessert werden. Um schnelle und nachhaltige Auswirkungen auf strukturelle Anpassungen in der Wirtschaft zu erreichen, wären jetzt vor allem Maßnahmen in drei Richtungen notwendig:

1. Die Verwirklichung der Regierungsbeschlüsse muß in allen Regionen mit größerer Konsequenz durchgesetzt werden. Vor allem benötigen die privaten Kleinunternehmer Garantien dafür, daß ihre auf dem Papier stehenden Rechte auch tatsächlich durchgesetzt werden können und die in vielen Regionen vorhandene Praxis, die Rechtsvorschriften willkürlich zu verändern oder zu interpretieren, eingedämmt wird⁸³.
2. Als förderungswürdig gelten nur solche Unternehmen, die in den Rahmen der Struktur- und Industriepolitik der Regierung fallen⁸⁴. Der dadurch bewirkte Ausschluß von anderen Fördermaßnahmen sollte aufgehoben werden.
3. Erforderlich sind schließlich eine bessere Koordinierung der Tätigkeit und klarere Aufgabenabgrenzungen der in den letzten drei Jahren geschaffenen Institutionen, die sich mit der Unterstützung des Kleinunternehmertums befassen⁸⁵. Wegen der diesbezüglichen Mängel werden die vorhandenen, ohnehin begrenzten Möglichkeiten einer wirksamen Hilfe unzureichend genutzt.

⁷⁷ Vgl. Delovoj mir vom 18. bis 24.7.1994, S. 6.

⁷⁸ Vgl. Ekonomika i žizn', Nr. 25/1994, S. 1.

⁷⁹ Vgl. Ekonomika i žizn', Nr. 28/1994, S. 2.

⁸⁰ Die Moskauer privaten Kleinunternehmer z.B. zahlen von 25 bis 30 vH der gesamten Steuereinnahmen der Stadt. Vgl. Pierre Calmon, Ilonka Rühle, Adalbert Winkler: Russia Small Business Fund, Pilot Scale Operations, Interdisziplinäre Projekt Consult GmbH, Frankfurt am Main, Januar 1994, S. 49.

⁸¹ Vgl. Ekonomika i žizn', Nr. 24/1994, S. 4.

⁸² Zu ihr gehören:

- Verordnung des Ministerrates der RSFSR vom 16. Juli 1991, Nr. 406.
- Erlaß des Präsidenten vom 20. November 1992, Nr. 1485.
- Beschluß des Ministerrates vom 11. Mai 1993, Nr. 446.
- Erlaß des Präsidenten vom 22. Dezember 1993, Nr. 2270.
- Beschluß der Regierung vom 29. April 1994, Nr. 409.

⁸³ Vgl. Izvestija vom 7. August 1993, S. 8 ; Delovoj mir vom 3. September 1993, S. 15.

⁸⁴ Solche Eingrenzungen wurden bereits im Regierungsbeschuß vom 11. Mai 1993 angeführt und im Föderalen Programm zur Unterstützung des Kleinunternehmertums vom 29. April 1994 bestätigt.

⁸⁵ Zu ihnen gehören:

- das Staatskomitee für Antimonopolpolitik und die Unterstützung neuer Wirtschaftsstrukturen,
- der Fonds zur Unterstützung des Unternehmertums und 48 regionale Unterstützungsfonds,
- das Wirtschaftsministerium,
- das Staatskomitee für Industriepolitik,
- das Staatskomitee für Vermögen.

Zudem überbetonen sowohl das Föderale Programm als auch der Gesetzentwurf Rolle und Einflußnahme der föderalen Behörden. Die Bedeutung der regionalen Behörden, die in erster Linie für die Entwicklung des Kleinunternehmertums Verantwortung tragen, wird dadurch eingeschränkt⁸⁶.

Unternehmenskontrolle

Großunternehmen bedürfen eines hohen Kapitaleinsatzes, der mit umfangreichen Risiken verbunden ist. Da Einzelpersonen weder über das erforderliche Kapital verfügen, noch bereit und in der Lage sind, das Unternehmensrisiko allein zu tragen, kommt es zu einer mehr oder weniger breiten Streuung des Eigentums an Unternehmen. In der Sowjetunion stellte der Staat das erforderliche Kapital bereit und trug auch die damit verbundenen Risiken. Im Zuge der Privatisierung trennt sich der Staat von beiden Aufgaben. Damit entsteht auch hier das Problem der Kontrolle der Eigentümer bzw. Aktionäre über das Management der Unternehmen. Von seiner Lösung hängt die Anpassung der Unternehmen entscheidend ab.

Im Zuge der Privatisierung wurden den Beschäftigten der Unternehmen drei Varianten zur Auswahl angeboten. In 78 vH der Unternehmen wurde Variante 2 gewählt. Dabei gingen 51 vH der Aktien zu einem Vorzugspreis auf die Beschäftigten (Management und Arbeitnehmer) über, und zwar mit Stimmrecht. In sehr großen Unternehmen überstieg diese Variante, trotz des Vorzugspreises, die finanziellen Möglichkeiten der Beschäftigten. Daher wurde in 21 vH der Fälle Variante 1 gewählt. Sie sah die unentgeltliche Übergabe von 25 vH der Aktien an die Belegschaften vor, jedoch ohne Stimmrecht. Management und Arbeitnehmer können weitere 15 vH der stimmberechtigten Aktien zu einem Vorzugspreis erwerben. Die praktisch überhaupt nicht gewählte Variante 3 sah beträchtliche Vollmachten für das Management vor. Mit der getroffenen Auswahl wurden bereits entscheidende Weichen in der Frage der Unternehmenskontrolle gestellt. Die Konzentration auf Variante 2 läßt erkennen, daß Management und Arbeitnehmer gemeinsam bemüht waren, unternehmensexterne Einflüsse abzuwehren und die Entscheidungsbefugnisse im Unternehmen zu halten. An der Ablehnung von Variante 3 wird erkennbar, daß die Arbeitnehmer die eigene Position gegenüber dem Management stärkten.

Die Privatisierungs-Voucher wurden zum Kauf von Anteilen sowohl bei den unternehmensinternen Privatisierungen als auch bei den nachfolgenden öffentlichen Voucher-Auktionen verwendet. Die Regelungen bezüglich der Voucher lassen das Bemühen der Regierung erkennen, zur Lösung des Problems der Unternehmenskontrolle beizutragen. Die Handelbarkeit der Voucher als Inhaberpapiere sollte die Möglichkeit zu einer Konzentration dieser Papiere bei strategischen Investoren eröffnen, die mit entsprechenden Aktienpaketen Einfluß auf die Unternehmenspolitiken nehmen wollen. Auch die Institution von Voucher-Invest-

mentfonds sollte, über das Ziel der Risikostreuung hinaus, den externen Druck auf das Management der Unternehmen stärken. Allerdings darf jeder einzelne Fonds nicht mehr als 10 vH der Anteile eines Unternehmens halten, so daß den Einflußmöglichkeiten Grenzen gesetzt sind.

Über die Eigentumsverhältnisse der Unternehmen nach Abschluß der Voucher-Privatisierung liegen keine systematischen Erkenntnisse vor. Verschiedene Umfragen lassen jedoch deutlich einige wichtige Trends erkennen⁸⁷. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Beschäftigten der Unternehmen nach Abschluß der unternehmensinternen Privatisierung ihre Anteile in den öffentlichen Voucher-Auktionen weiter aufgestockt haben; in einzelnen Unternehmen auf bis zu 100 vH, im Schnitt bereits zu einem frühen Zeitpunkt auf 60 bis 70 vH. Das Gewicht der Insider (Beschäftigte, ehemalige Beschäftigte und Angehörige) wurde also noch gestärkt. Allerdings befindet sich vor allem das Management auf der Käuferseite. In einzelnen Unternehmen hielten Manager schon bald bis zu 60 vH der Anteile, im Schnitt 12 bis 17 vH. Dieser Trend dürfte sich bis zuletzt noch verstärkt haben. Die Rolle des Managements wäre dann noch stärker einzuschätzen, wenn Informationen zutreffen, nach denen vom Management eigens Finanzunternehmen zum versteckten Kauf von Aktien gegründet werden. Die Arbeitnehmer geben eher Anteile ab, hauptsächlich an das Management der eigenen Unternehmen. Vereinzelt haben die Arbeitnehmer ihre Position aber auch stark ausgebaut. Die Anteile von unternehmensexternen Investoren differieren offenbar ebenfalls beträchtlich. In Einzelfällen betrogen sie sogar 100 vH, im Schnitt aber nur 13 bis 19 vH. Die Umfragen ergaben keine nennenswerten Anteile von Ausländern; diese scheinen Beteiligungen, wenn überhaupt, zunächst über Voucher-Investmentfonds vorgenommen zu haben. Die Anteile von Voucher-Investmentfonds lagen bei 1 bis 8 vH.

Lassen diese Trends eine Lösung des Problems der Unternehmenskontrolle erwarten? Zunächst ist festzustellen, daß das Management bei schlechter Ausnutzung der Gewinnpotentiale eines Unternehmens nicht durch eine Übernahmedrohung unter Druck gesetzt werden kann, denn ausreichend funktionierende Aktienmärkte und die dazu erforderlichen Informationen über die Lage der Unternehmen existieren bis auf weiteres nicht. Die andere Hauptmethode zur Lösung des Effizienzproblems von Aktiengesellschaften, die Herausbildung von Mehrheitsaktionären bzw. einer Koalition von Aktionären, steht ebenfalls vor Hindernissen. Zwar scheint das Management

⁸⁶ Vgl. *Ekonomika i žizn'*, Nr. 25/1994, S. 1.

⁸⁷ Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf eine interne Studie des Staatskomitees für Vermögen (Vgl. Lars Bergström: *Corporate Governance in Newly Privatized Russian Enterprises: A Field Study*. Arbeitspapier, Nr. 80/1994. Östekonomiska Institutet, Stockholm) und auf weitgehend ähnliche Ergebnisse einer früheren Studie (Vgl. Maxim Boyko et al.: *Privatizing Russia*, Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 2/1993).

der Unternehmen seine Anteile beträchtlich auszubauen, so daß es selbst in die Rolle von Mehrheitsaktionären hineinwachsen könnte. Dem stehen jedoch nach wie vor außerordentlich hohe Anteile der Arbeitnehmer entgegen. Die starke Rolle der Arbeitnehmer, wie auch des Managements, wurde mit dem Ziel herbeigeführt, die soziale Basis für die Unterstützung des Systemwechsels zu verbreitern. Dies scheint erfolgreich gewesen zu sein, jedoch nur um den Preis von Eigentumsstrukturen, die möglicherweise die Bereitschaft zum Strukturwandel in den Unternehmen verringern. Allerdings sind diese Eigentumsstrukturen nicht festgeschrieben. Beschäftigung und Beteiligung sind nicht unlösbar miteinander verknüpft, so daß alle Wege für eine Änderung der Eigentumsstrukturen offen sind. Die nach einer verbreiteten Meinung niedrige Bewertung der Unternehmen, die sich zunächst am niedrigen Kurs der Voucher und dann am niedrigen Kurs der Unternehmensaktien zeigte, reflektiert auch die Einschätzung von potentiellen Investoren, daß bei den gegebenen Machtverhältnissen die Unternehmenserträge praktisch ausschließlich für Löhne und Gehälter sowie Steuerabführungen an den Staat verwendet werden, nicht jedoch für die Bereitstellung von Kapital. Unternehmensexterne Investoren befinden sich im Augenblick meist in einer sehr schwachen Position. Sie können sich nicht gegen das Management und noch weniger gegen die Koalition aus Management und Arbeitnehmern durchsetzen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der bisherige Verlauf der Privatisierung vor allem zu einer Stärkung der Positionen des Managements und der Arbeitnehmer geführt hat. Den Arbeitnehmern wurden auf den ersten Blick die größten Zugeständnisse gemacht. Die ebenfalls sehr großen Zugeständnisse an das Management werden in den Zahlen nur unzureichend deutlich. Die fehlenden Möglichkeiten unternehmensexterner Investoren (Investmentfonds, Einzelaktionäre) erweitern die Machtspielräume des Managements. Der Rückzug des Staates aus seiner Eigentümerrolle tut ein übriges⁸⁸. Die bisher dominierende Rolle von Management und Arbeitnehmern hat Auswirkungen auf die verschiedenen Dimensionen der Anpassung auf Unternehmensebene und bestimmt zugleich den weiteren Verlauf der Privatisierungspolitik.

Finanzierung

Die Finanzierungsspielräume der Unternehmen wurden seit Herbst des vergangenen Jahres durch verschiedene Maßnahmen weiter eingeeengt. Zu der Kürzung der Subventionszahlungen aus den öffentlichen Haushalten kam die Kürzung von Vorzugskrediten, die von der Zentralbank über die Geschäftsbanken zu negativen Realzinsen an die Unternehmen ausgereicht wurden. Die Unternehmen reagierten ihrerseits mit der Kürzung bzw. Einstellung von Zahlungen an den Staat, an Lieferanten, an die eigenen Beschäftigten und an Aktionäre. Entsprechend kam es zu einem starken Anstieg der Rückstände bei der Steuerent-

richtung, zu einer beschleunigten Ausweitung der zwischenbetrieblichen Verschuldung, zu mehrmonatigen Verzögerungen bei den Lohnzahlungen und zum praktisch völligen Ausbleiben von Dividendenausschüttungen an Aktionäre⁸⁹. Die genaue Bestimmung der Finanzlage der Unternehmen ist allerdings nicht zuletzt deshalb schwierig, weil die Unternehmen größtes Interesse daran haben, keinerlei relevante Informationen publik werden zu lassen. Gerade aus diesem Grund werden staatlicherseits vermehrt Anstrengungen unternommen, mit Zwangsmitteln Einblick in die wahre Finanzlage der Unternehmen zu bekommen. Die Haltung von Konten bei mehreren Banken soll verhindert, bekannte Konten sollen offengelegt werden. Die Intransparenz der Finanzlage der Unternehmen erschwert zugleich die Kreditvergabe⁹⁰, denn es ist für die externen Banken praktisch unmöglich, sich ein Bild von der Kreditwürdigkeit der Unternehmen zu machen. Dieses Problem erschwert auch den Einstieg vor allem ausländischer Investoren.

Angesichts dieser Situation ist zu fragen, woher die Mittel für Investitionen kommen sollen. Der bisherige Verlauf der Privatisierung hat die Kontrolle über die Unternehmen in die Hände des Managements und der Belegschaft gelegt, die beide entweder nicht über die Mittel verfügen, um die nötigen Investitionen zu tätigen, oder nicht bereit sind, die Personalkosten in einem Umfang einzuschränken, der Spielräume für Investitionen eröffnen würde. Unter diesen Umständen muß zusätzliches Kapital von außen in die Unternehmen gebracht werden. Bankkredite kommen derzeit aus mindestens zwei Gründen nur sehr eingeschränkt in Frage. Zum einen sind die Inflationsraten trotz des Rückgangs der letzten Zeit nach wie vor zu hoch, um für die Marktteilnehmer die Vergabe bzw. Aufnahme langfristiger Investitionskredite zu einem kalkulierbaren Risiko zu machen. Zum anderen ist die Frage der Stellung von Sicherheiten für Kredite immer noch nicht zufriedenstellend gelöst. Das in der Diskussion befindliche Konkursrecht⁹¹ sieht vor, daß nicht die Gläubiger, sondern der Staat (in Gestalt der neu geschaffenen Insolvenzzagentur) Zugriff auf die Vermögenswerte insolventer Schuldner haben soll. Unter diesen Umständen ist mit der Vergabe von nicht durch den Staat garantierten Krediten kaum zu rechnen.

⁸⁸ Allerdings ist anzumerken, daß der Staat zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch beträchtliche Unternehmensanteile hält, die durchaus im Sinne einer wieder stärkeren Einflußnahme auf das Unternehmensgeschehen aktivierbar sind. An diese Möglichkeit knüpfen Reformgegner einige Hoffnungen. Auch dort, wo der Staat sich völlig von seinen Anteilen trennt, soll er eine „Goldene Aktie“ behalten, die ein Vetorecht bei wichtigen Unternehmensentscheidungen vorsieht.

⁸⁹ Die verschlechterte Liquiditätslage der Unternehmen wird auch in Unternehmensbefragungen bestätigt. Vgl. Voprosy ekonomiki, Nr. 8/1994, S. 46 ff.

⁹⁰ Vgl. Voprosy ekonomiki, Nr. 8/1994, S. 51 ff.

⁹¹ Ein Konkursgesetz trat zwar offiziell im März 1993 in Kraft, kam aber praktisch nicht zur Anwendung.

Der Gang an den Kapitalmarkt ist für die Unternehmen ebenfalls nicht praktikabel. Da zudem noch die Informationen über die finanzielle Lage der Unternehmen zu wünschen übriglassen, wird der Kauf von Anleihen zu einem unkalkulierbaren Risiko.

Die Heranziehung von „strategischen Investoren“ bietet sich unter diesen Umständen als Ausweg an. In der Tat sehen die Pläne der Regierung vor, daß nach erfolgtem Abschluß der unentgeltlichen Privatisierung in der nunmehr anstehenden „Privatisierungsphase II“ der Verkauf von Unternehmensanteilen an die Meistbietenden erfolgen soll⁹². Die Besonderheit besteht darin, daß 51 vH des Verkaufserlöses im jeweiligen Unternehmen verbleiben sollen, um so den Unternehmen frische Finanzmittel für Investitionen zuzuführen. Ein Erfolg dieser neuen Regelung wird durch zwei Hindernisse in Frage gestellt: Zunächst können vor allem solche Aktienkäufer, die bereits die Kontrolle in einem Unternehmen innehaben, davon ausgehen, daß jene im Unternehmen verbleibenden 51 vH des Kaufpreises auch tatsächlich in ihrem Sinne verwendet werden. Denn solche Käufer zahlen die 51 vH quasi „an sich selbst“ und nur die verbleibenden 49 vH an den Verkäufer, den Staat. Für unternehmensexterne Investoren dagegen sind zunächst einmal beide Teile des Kaufpreises verloren. Dieses Problem ließe sich dann überwinden, wenn für einzelne Investoren Aktienkäufe in einem Umfang möglich wären, der zugleich die Kontrolle im Unternehmen sichert. Dem steht aber ein zweites Hindernis im Wege: In der überwiegenden Zahl der bereits (entsprechend Variante 1 bis 3 und nachfolgenden Voucher-Auktionen) teilprivatisierten Unternehmen erlaubt der Erwerb der restlichen Staatsanteile nicht zugleich die Übernahme der Unternehmenskontrolle. Die dominierende Rolle von Management und Arbeitnehmern kann dadurch nicht beseitigt werden. Nur in den vergleichsweise wenigen, noch nicht (teil-) privatisierten Unternehmen könnten Erwerber „auf einen Schlag“ zu Mehrheiten kommen. Für die Mehrzahl der Unternehmen dagegen bedürfte es der Bereitschaft von Management und Arbeitnehmern, Aktienanteile abzugeben. Genau dieses versucht vor allem das Management nach Kräften zu verhindern, d.h. man will sich nicht den einmal erreichten Grad der Kontrolle in den Unternehmen entwinden lassen. Wenn das Management überhaupt bereit ist, außenstehende Investoren zu akzeptieren, so nur in Gestalt „befreundeter“ Unternehmen (vorzugsweise eigene Lieferanten und Abnehmer). Die geschilderte Konstellation läßt es daher unwahrscheinlich erscheinen, daß den Unternehmen die Mittel für größere Investitionen von außen in der erforderlichen Weise und im erforderlichen Umfang zugeführt werden.

Einige Hoffnung wird auf das Instrument der regionalen Privatisierungsfonds gesetzt, die mit Hartwährung ausgestattet sind und Beteiligungen an Unternehmen erwerben sollen⁹³. Mit dieser Konstruktion sind zwei Probleme verbunden. Zum einen sollen von den Fonds in der Regel nur Minderheitsbeteiligungen eingegangen werden, d.h. die

Tabelle 16

Ausländische Direktinvestitionen
Stand: 30.6.1994

Anzahl der Unternehmen in ausländischem (Teil-) Besitz	14 000
Bestand an ausländischen Investitionen in Mrd. US-\$	2,9
Anteil der ausländischen Investitionen an den Gesamtinvestitionen in vH	1,5
Anteil der ausländischen Investitionen am BIP in vH	0,2
Ausländische Investitionen pro Einwohner in US-\$	20,0
Anteil der Beschäftigten in ausländischen Unternehmen an der Gesamtbeschäftigung	0,5

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994; Osnovnye pokazateli social'no-ekonomičeskogo razvitija i choda ekonomičeskaj reformy v Rossijskoj Federacii za I kvartal 1994 goda. Moskau 1994; Berechnungen der Institute und Nachrichten für den Außenhandel vom 22.2.1994.

Kontrolle über die Unternehmen verbleibt wiederum beim bestehenden Management. Damit steigt die Gefahr einer Verwendung der zugeführten Mittel für kurzfristige Zwecke zu Lasten langfristiger Investitionen. Zum anderen nimmt mit den Privatisierungsfonds, die sich letztlich in staatlichem Eigentum befinden, auch wieder der staatliche Einfluß auf die Unternehmen zu. Dies widerspricht aber dem eigentlichen Zweck der ganzen Privatisierungspolitik, ist also insofern nicht transformationskonform.

Die geschilderten Probleme schließen die Möglichkeit effizienzsteigernder Maßnahmen in den Unternehmen nicht zwangsläufig aus, wie z.B. Änderungen in der Lagerhaltungs-, Sortiments- und Absatzpolitik. Insgesamt steht jedoch weiterhin die Aufgabe an, die Kontrolle in den Unternehmen verstärkt in solche privaten Hände zu überführen, von denen frische Mittel zur Finanzierung langfristiger Investitionen zu erwarten sind. Ein wichtiger Aspekt der Lösung dieser Aufgabe besteht in der Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für eine stärkere Rolle der Banken, d.h. in der weiteren Stabilisierung des Preisniveaus und in der Schaffung ausreichender Sicherheiten für Bankkredite und der Möglichkeit des Zugriffs von Gläubigern auf diese Sicherheiten.

Unternehmen in ausländischem (Teil-) Eigentum

Nach Jahrzehnten wurden 1987 ausländische Direktinvestitionen wieder zugelassen. Ausländische Unternehmen gelten seither formal als juristische Personen russischen Rechts und genießen damit den vollen rechtlichen

⁹² Vgl. Sbornik zakonodatel'stva, Nr. 13/1994, S. 1 976 ff.

⁹³ Die Mittel sollen z.B. aus dem mit 3 Mrd. US-\$ ausgestatteten Programm der G-7 zur Privatisierungsunterstützung kommen.

Schutz, etwa vor Enteignung. Es ist ihnen gestattet, sich in allen Geschäftsbereichen, die nicht der staatlichen Monopolgesetzgebung unterliegen, wie die Atom- und Rüstungsindustrie, wirtschaftlich zu betätigen. Für die Erschließung und den Abbau von Rohstoffen werden Konzessionen vergeben; Banken, Versicherungen und Börsen unterliegen der Lizenzpflicht. Investitionen können in Form von Neugründungen von Gemeinschaftsunternehmen oder Tochtergesellschaften, durch Erwerb bereits bestehender Unternehmen und dem dazugehörigen Grund und Boden getätigt werden. Daneben ist auch der Erwerb von Unternehmensanteilen, Wertpapieren, Nutzungsrechten an Grund und Boden sowie von Bodenschätzen gestattet⁹⁴. Unter diesen formal-rechtlichen Bedingungen und angesichts der Marktgröße und der reichen Ausstattung mit natürlichen Rohstoffen bietet Rußland ein beachtliches Potential für ausländische Investoren. Das seit 1987 akkumulierte Volumen ausländischer Direktinvestitionen von etwa 2,9 Mrd. US-\$ (vgl. Tabelle 16) zeigt allerdings, daß die Russische Föderation im Vergleich zu anderen osteuropäischen Transformationsländern als Investitionsstandort bislang als wenig attraktiv eingeschätzt worden ist⁹⁵.

Der Anteil des ausländischen Kapitals am Grundkapital der 14 000 Unternehmen liegt bei durchschnittlich 45 vH⁹⁶. Die meisten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung befinden sich im Besitz von Investoren aus den USA, Deutschland, China und Finnland (vgl. Tabelle 17).

Der Beitrag der ausländischen Unternehmen zum BIP belief sich 1993 auf etwa 2,5 vH, und der Anteil an der Ge-

samtbeschäftigtenzahl betrug 0,5 vH. Die Arbeitsproduktivität in diesen Unternehmen wurde im Vergleich zu entsprechenden inländischen Betrieben allerdings nur auf das 1,5- bis 2-fache geschätzt⁹⁷. Das Exportvolumen von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung erscheint mit über 3,3 Mrd. US-\$ in 1993 (etwa 8 vH des Gesamtexportes) als vergleichsweise hoch⁹⁸. Der größte Anteil der Ausfuhren ging nach Deutschland (15,9 vH), gefolgt von Japan (8,4 vH), Großbritannien (7,9 vH) und Polen (6,5 vH)⁹⁹. Der Anteil des Exports ausländischer Unternehmen in die einzelnen Länder liegt deutlich über dem Anteil des Gesamtexports in diese Länder¹⁰⁰. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, daß ausländische Unternehmen weniger für den russischen Markt produzieren, sondern vielmehr den Produktionsstandort Rußland als verlängerte Werkbank für den jeweils eigenen Markt nutzen.

Die Tätigkeit ausländischer Unternehmen erstreckt sich inzwischen auf nahezu alle Wirtschaftszweige (vgl. Tabelle 18). Dienstleistungsunternehmen machen dabei aufgrund des geringen Investitionsbedarfs mehr als ein Drittel der Unternehmen aus. Aufgrund der guten Exportmöglichkeiten ist auch die Rohstoffförderung für Auslandsinvestitionen vergleichsweise interessant. Investitionen in die Güterproduktion erscheinen dagegen — mit Ausnahme des Maschinenbaus — wegen des hohen Investitionsbedarfs und der Konkurrenz durch billige Importe als relativ unattraktiv.

⁹⁴ Die rechtlichen Grundlagen für Aktivitäten ausländischer Unternehmen finden sich im einzelnen in: Gesetz der RSFSR vom 26. Juni 1991 über die Investitionstätigkeit in der RSFSR; Gesetz der RSFSR vom 4. Juli 1991 über Auslandsinvestitionen in der RSFSR; Verfügung der Regierung vom 20. Mai 1992 zur staatlichen Registrierung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung; Gesetz vom 9. Oktober 1992 zu Devisenbestimmungen und -kontrolle; Regierungsbeschlüsse Nr. 470 (4. Juli 1992) und Nr. 790 (14. Oktober 1992) über die Territorien mit reglementiertem Zutritt für Ausländer; Regierungsbeschluß Nr. 715 (23. Juli 1993) zur Definition der Eigenproduktion bei Erzeugnissen für den Export bei Unternehmen mit ausländischer Beteiligung; Erlaß des Präsidenten vom 25. Mai 1992 über den Verkauf von Grundstücken an Bürger und juristische Personen im Rahmen der Privatisierung staatlicher Unternehmen; Erlaß des Präsidenten Nr. 1 466 (27. September 1993) zur Vervollkommnung der Arbeit mit ausländischen Investoren; Erlaß des Präsidenten vom 23. Dezember 1993 zur Frage der Aufteilung von Erzeugnissen bei Nutzung von Bodenschätzen; Erlasse des Präsidenten Nr. 2 270 (22. Dezember 1993) und Nr. 2 292 (24. Dezember 1993) über die Veränderungen in der Steuergesetzgebung.

⁹⁵ Ungarn attrahierte 1993 etwa dreimal, China etwa zehnmal mehr Direktinvestitionen als Rußland; vgl. Foreign Trade Moskau, Nr. 9-10/1993, S. 13 f.

⁹⁶ Vgl. Presseschau Ostwirtschaft, Nr. 5/1994, S. 57. Ost- und Südosteuropa-Institut, Wien.

⁹⁷ Vgl. Finanzen und Wirtschaft, Nr. 1/1994, S. 5.

⁹⁸ Etwa 10 vH der Gesamtimporte waren für ausländische Unternehmen bestimmt.

⁹⁹ Vgl. Presseschau Ostwirtschaft, Nr. 5/1994, S. 58.

¹⁰⁰ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' - ijul' 1994 g. Moskau 1994.

Tabelle 17

Gemeinschaftsunternehmen nach Herkunftsländern
Stand: 30.5.1993

	Anzahl	Anteil in vH
USA	1 177	13,8
Deutschland	922	12,4
China	527	6,6
Finnland	518	6,5
Großbritannien	399	5,0
Polen	362	4,5
Italien	355	4,4
Österreich	316	4,0
Japan	247	3,1
Schweiz	233	2,9
Bulgarien	196	2,5
Ungarn	150	1,9
Sonstige	etwa 2 588	32,4
Gesamt	etwa 8 260	100,0

Quelle: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994. S. 126 ff.

Tabelle 18

Ausländische Investitionen nach Wirtschaftszweigen
Stand: 30.3.1994

	Anteil in vH	Investitionen in Mill. US-\$
Erdölindustrie	16,2	466,9
Eisenmetallurgie	0,2	5,8
Nichteisenmetallurgie	1,6	46,1
Chemische / Petrochemische Industrie	1,1	31,7
Metallverarbeitung / Maschinenbau	21,6	622,5
Holzverarbeitung / Papier	5,2	149,9
Baumaterialien	3,9	112,4
Leichtindustrie	1,2	34,6
Lebensmittelindustrie	2,5	72,1
Sonstige Industrie	5,8	167,2
Bauwirtschaft	5,6	161,4
Transport und Kommunikation	2,5	72,1
Land- und Forstwirtschaft	2,0	57,6
Handel und Gastronomie	13,4	386,2
Sonstige Dienstleistungen	17,2	495,7
Gesamt	100,0	2 882,2

Quelle: Deutsche Bank Research. Osteuropa-Themen, Nr. 112, Juli 1994, S. 4.

Der Umfang der getätigten Neuinvestitionen blieb auch im ersten Halbjahr 1994 gering (vgl. Tabelle 19); etwa 50 vH der insgesamt investierten 285 Mill. US-\$ flossen in Erweiterungsinvestitionen bereits bestehender ausländischer Unternehmen. Dabei gelangten 42 vH des gesamten Investitionsvolumens in die Brennstoffindustrie und 12 vH in Handels- und Gastronomiebetriebe¹⁰¹.

Die regionale Verteilung der ausländischen Unternehmen ist von den Metropolen Moskau¹⁰² und St. Petersburg geprägt, in denen sich zusammen mehr als die Hälfte der ausländischen (Gemeinschafts-)Unternehmen befindet; allein im Großraum Moskau erreichte das Investitionsvolumen im ersten Quartal 1994 etwa ein Drittel der gesamten ausländischen Investitionen¹⁰³.

Auffällig ist, daß der Anteil der Unternehmen, die vollständig in ausländischem Besitz sind, von 19 vH im Jahre 1992 auf 40 vH im Jahre 1993 gestiegen ist¹⁰⁴, d.h. ausländische Investoren ziehen immer häufiger die Neugründung von Tochtergesellschaften gegenüber Gemeinschaftsunternehmen vor. Eine Vielzahl der ausländischen Investitionen beschränkt sich derzeit zudem auf die Einrichtung einer Vertretung, um zumindestens frühzeitig auf einem potentiell prosperierenden Markt präsent zu sein. Kapitalintensive Investitionen werden dagegen bislang kaum getätigt. Angesichts dieser Entwicklung und der Tatsache, daß trotz der stetig zunehmenden Gesamtzahl an Unternehmen in ausländischem (Teil-) Besitz der Investitionsumfang im Verhältnis zu der Größe und dem Potential des Landes immer noch gering ist¹⁰⁵, stellt sich die Frage nach den Investitionshemmnissen, die ein langfristiges Engagement ausländischer Investoren bisher weitgehend verhinderten.

Während wichtige Investitionsbedingungen wie die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, ein relativ guter Bildungsstand der Bevölkerung und ein verhältnismäßig niedriges Lohnniveau erfüllt sind, mangelt es insbesondere an einer verlässlichen Wirtschaftspolitik, an konsistenten rechtlichen Rahmenbedingungen, an Kontinuität der Steuergesetzgebung sowie an einer ausgebauten Infrastruktur. Nur wenn diese Mängel beseitigt werden und die Regierung die seit Beginn des Transformationsprozesses geführte Politik der ad-hoc Entscheidungen, die ausländischen Anlegern keine langfristige Planung erlaubt, durch

¹⁰¹ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 54.

¹⁰² Anfang 1994 befand sich knapp die Hälfte (etwa 430) aller deutschen Unternehmen in Moskau; vgl. Tagesspiegel vom 26. März 1994.

¹⁰³ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 57 und Izvestija vom 9. Juni 1994.

¹⁰⁴ Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 22. Februar 1994 und Financial Times vom 2. Dezember 1993.

¹⁰⁵ 1993 verfügten nur 0,4 vH der Unternehmen in ausländischem (Teil-) Besitz über ein Grundkapital von mehr als 100 Mill. Rubel (etwa 150 000 US-\$). 76 vH der Unternehmen waren Kleinunternehmen mit einem Eigenkapital von weniger als 1 Mill. Rubel (etwa 1 500 US-\$). Vgl. Wirtschaft und Recht in Osteuropa, Nr. 9/1993, S. 323.

Tabelle 19

Anzahl der ausländischen Unternehmen und Investitionsvolumen 1991 bis 1994

	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
Anzahl der Unternehmen in ausländischem (Teil-)Besitz	1 824	6 300	11 700	14 000
Investitionsvolumen in Mrd. US-\$	0,1	1,6	2,0	0,3

¹⁾ 1. Halbjahr 1994.
Quellen: Russian Economic Trends I/fd. Ausgaben; Osteuropa-Themen, Nr. 112, Juli 1994 S. 15; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 56 f.

eine verlässliche und transparente Wirtschaftspolitik ersetzt, können die Chancen für ein langfristigeres Engagement ausländischer Investoren verbessert werden. Aufgrund der bisherigen schlechten Erfahrungen ist allerdings auch bei einer Verstärkung der Wirtschaftspolitik erst mittelfristig mit einer signifikanten Erhöhung des Volumens ausländischer Direktinvestitionen zu rechnen.

Einzelaspekte der Anpassung auf Unternehmensebene

Management und Beschäftigung

Russische Staatsbetriebe gingen mit einem Beschäftigungs-, einem Anreiz- und einem Managementproblem in die Transformation: In der Sowjetunion waren ineffiziente Beschäftigung und eine hohe Fluktuationsrate typisch. Die Lohnsysteme galten unionsweit und ließen keine leistungsabhängige Lohndifferenzierung zu. Schließlich strebte das Management nach Planerfüllung. Die russische Regierung versucht nun, die Flexibilität der Beschäftigung und der Lohnfindung durch entsprechende Gesetze bzw. Deregulierungen zu erhöhen. Allerdings ist durch Teilreformen eine erhebliche Rechtsunsicherheit entstanden, insbesondere bei Kündigungen: Einerseits ermöglichen das Konkursgesetz von 1993 und das Unternehmensgesetz von 1990 dem Management betriebsbedingte Beschäftigungsanpassungen. Das Arbeitsgesetzbuch garantiert andererseits jedem Beschäftigten seine Stelle, sofern er drei Monate im Unternehmen beschäftigt war¹⁰⁶.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Rechtsunsicherheit haben russische Unternehmen nur zögerlich Beschäftigungsanpassungen vorgenommen. Das gilt gleichermaßen für staatliche und für gemischte Unternehmen¹⁰⁷. Nur wenige Unternehmen haben ihre finanzielle Situation durch einen starken Beschäftigungsabbau verbessert¹⁰⁸. Nach wie vor sieht das Management in den meisten Betrieben überzählige Arbeitskräfte offenbar nicht als das vorrangige Personalproblem an. Zumindest in der ersten Phase der Transformation 1992/93 waren aus Sicht der Manager eine hohe Fluktuation und ein Mangel an qualifizierten Fachkräften viel brennendere Probleme¹⁰⁹. Seit Anfang 1994 dürfte aber eine Beschleunigung des Beschäftigungsabbaus eingetreten sein¹¹⁰; gleichwohl entspricht der Beschäftigungsrückgang noch keinesfalls dem Produktionsrückgang. Die notwendige Sanierung der Unternehmen ist deshalb durch Beschäftigungsüberhänge belastet, die sogar noch größer als in der planwirtschaftlichen Ära sind. Die geringe Bereitschaft des Managements, Beschäftigungsanpassungen vorzunehmen, hat offenbar folgende Ursachen¹¹¹:

— Manager sehen den Produktionsrückgang vor allem als Effekt des Ausfalls von Nachfrage und Kaufkraft und nicht von Strukturveränderungen in der Wirtschaft. Sie warten darauf, daß die Nachfrage wieder steigt und versuchen, ihren Belegschaftsstand zu halten.

- Das Management von Staatsbetrieben scheut vor Massenentlassungen, die zu sozialen Problemen führen, zurück, weil es kein funktionierendes soziales Netz gibt. Dieser Sachverhalt scheint vor allem für die Textilindustrie zu gelten, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Frauenbeschäftigung und insbesondere von alleinerziehenden Müttern aufweist.
- Die Privatisierung hat bisher zu keiner klaren Kontrolle des Managements geführt¹¹²
- Manager sehen ihre Unternehmen nicht als Produktionseinheiten an, die Gewinne erwirtschaften sollen, sondern als gesellschaftliche Einrichtungen. Ein Merkmal dessen sind kostspielige Sozialprogramme, die von den alten Staatsunternehmen übernommen wurden.
- Der Großteil der Manager stammt aus der sowjetischen Ära, in der vor allem eine technisch orientierte Ausbildung maßgeblich für die Besetzung von Leitungspositionen war. Betriebswirtschaftlich qualifiziertes Personal steht heute in ausreichendem Umfange weder für die erste, noch für die zweite Führungsebene zur Verfügung.

Damit werden die Qualifikationen des Managements zu einem zentralen Problem des realwirtschaftlichen Anpassungsprozesses, das nur durch entsprechende Lernprozesse zu mildern ist. Diese müssen allerdings durch härtere Budgetrestriktionen und eine Privatisierung, die dem Management sowohl mehr Rechte gegenüber den Belegschaften verleiht, als auch mehr Verantwortung gegenüber den Eigentümern schafft, initiiert werden.

¹⁰⁶ Ein entsprechendes Urteil eines Moskauer Gerichts vom Mai 1994 hat deshalb Unruhe insbesondere unter ausländischen Managern ausgelöst, da der Rechtsfall ein Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung betraf. Vgl. *The Wall Street Journal Europe* vom 9. Mai 1994, S. 4.

¹⁰⁷ Falls nicht anders erwähnt, basieren die Ausführungen dieses Abschnitts auf zwei Untersuchungen des Expert Institute: *Russian Enterprises — the adaptation process*. Moskau, Februar 1994 und *Russia's Textile Industry: Is there any chance for surviving*. Moskau, Juni 1994.

¹⁰⁸ 1992/93 haben zwar 93 vH aller befragten Unternehmen Beschäftigung abgebaut. Aber nur ein Fünftel der finanzstarken Unternehmen hatte mehr als die Hälfte der Beschäftigung abgebaut. In Unternehmen, die sich in einer Finanzkrise befanden, hatten nur 6 vH der Unternehmen mehr als die Hälfte der Beschäftigten abgebaut. Vgl. *Russian Enterprises ...*, a.a.O., Februar 1994, S. 25.

¹⁰⁹ Nach Unternehmensbefragungen wurde das Problem „Beschäftigungsüberhang“ nur von 6 bis 17 vH der Manager genannt, „Fluktuation“ und „Mangel an Spezialisten“ dagegen von bis zu 40 vH. Vgl. *Russian Enterprises ...*, a.a.O., Februar 1994 und *Russia's Textile Industry ...*, a.a.O., Juni 1994.

¹¹⁰ Danach wuchs die Zahl der durchschnittlich arbeitslos gemeldeten Personen in den ersten fünf Monaten um 65 000 pro Monat, während es im Vorjahr durchschnittlich nur 22 000 pro Monat waren.

¹¹¹ Vgl. *Russian Enterprises ...*, a.a.O., February 1994 and *Russia's Textile Industry ...*, a.a.O., June 1994.

¹¹² Das Management agiert weitgehend selbständig. In seinem Bewegungsspielraum wird es dabei durch die Arbeitnehmer eingeschränkt, und zwar vor allem dort, wo diese die Aktienmehrheit besitzen.

Das Management der staatlichen und (teil-)privatisierten Betriebe scheint eher die Arbeitszeiten zu verkürzen (Einführung der 4- oder gar 2-Tage-Woche, bezahlter und unbezahlter Urlaub) und eine Senkung der Lohnkosten anzustreben, als Arbeitskräfte zu entlassen. Die Reduzierung der relativen Lohnkostenbelastung ist z.B. über eine Erhöhung der Industrieabgabepreise möglich. Wenn dieser Weg nicht zur Verfügung steht, kann das Nominallohnwachstum beschränkt werden. Nach russischen Angaben¹¹³ nutzen die Direktoren der Unternehmen ihre neuen Freiheiten¹¹⁴, um Löhne und betriebliche Lohnstrukturen den finanziellen Erfordernissen anzupassen. Im Ergebnis beider Strategien scheint sich tatsächlich eine rückläufige relative Lohnkostenbelastung abzuzeichnen.

Gleichzeitig ist in vielen Unternehmen zu beobachten, daß Gewinne an die Arbeiter ausgezahlt werden anstelle von Lohnerhöhungen. Damit umgehen die Unternehmen offenbar die Steuer, die auf Lohnzahlungen erhoben wird, die den Mindestlohn (derzeit um das Sechsfache) überschreiten. Arbeitszeitvariationen und Lohnbeschränkungen sichern den Unternehmen zwar kurzfristig das Überleben, verschleppen aber die notwendigen innerbetrieblichen Anpassungen, d.h. Veränderungen der Produktpalette, Verbesserungen der Arbeitsproduktivität und technologischen Fortschritt. Dabei verschlechtert sich ständig das Anpassungspotential der Betriebe. Insbesondere die nach wie vor hohe Fluktuation weist darauf hin, daß die Löhne derzeit für qualifiziertes Personal keinen Anreiz darstellen, in staatlichen und gemischten Unternehmen zu bleiben. Die Abwanderung fördert den privaten Sektor, der höhere Löhne zu zahlen imstande ist.

Produktionssortiment, Absatz und Lagerhaltung

Wenn die Beschäftigung nicht angepaßt werden soll, bleibt die Möglichkeit von Sortimentsveränderungen, um das Überleben des Unternehmens zu sichern. Dazu müßte die Produktion jener Erzeugnisse gesteigert bzw. aufgenommen werden, die höhere Gewinne versprechen. Die starke vertikale Integration der russischen Industrie, bei der Unternehmen auch einen Großteil ihrer Vorprodukte, Anlagen und Ersatzteile selbst produzieren, bietet grundsätzlich Ansatzpunkte. Aber auch diesen Weg ist bisher nur eine Minderheit von staatlichen und privatisierten Unternehmen gegangen. Dabei macht es offenbar keinen Unterschied, ob Unternehmen konkursreif oder finanziell gesund sind¹¹⁵: Fehlende Mittel zur Finanzierung vielversprechender Produktinnovationen sind offenbar nicht ausschlaggebend für mangelnde Sortimentsveränderungen. Entscheidend ist eher, daß die Manager bisher den Absatzrückgang als nachfrageverursacht interpretieren und nicht als Ergebnis ihres unbefriedigenden Angebots — eine Haltung, die bis in die unmittelbare Vergangenheit von der Politik billiger Kredite gefördert worden ist. Erfolgreiche Sortimentsumstellungen erfordern im übrigen gründliche Marktstudien und die Akquisition von Kunden. Eine Reihe

von Unternehmen, insbesondere im Rüstungssektor, hat offenbar mit erheblichem Aufwand neue Produkte entwickelt, ohne entsprechende Marktstudien durchgeführt zu haben. Die Akquisition von neuen Kunden wird in vielen Fällen auch durch Preisdiskriminierung gegenüber neuen Kunden erschwert.

Immerhin haben finanziell erfolgreiche Unternehmen in hohem Maße versucht, neue Abnehmer für ihre bisher angebotenen Produkte zu finden. Damit verbundene Probleme bestehen häufig darin, daß die bisherigen Absatzkanäle nicht mehr zur Verfügung stehen, neue Absatzwege nur mit entsprechendem Investitionsaufwand geschaffen werden können und Marktzutrittsbeschränkungen durch die örtlichen und regionalen Behörden oder durch die Regierungen anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion errichtet werden. Direktverkäufe an Abnehmer und Barter-Geschäfte sind allenfalls für eine Übergangsperiode akzeptabel. Barter-Geschäfte werden offenbar vorwiegend von Unternehmen eingegangen, deren Finanzen sich in einer Krise befinden, während finanziell stabile Unternehmen Direktverkäufe vorziehen und wohl auch deshalb stabil sind.

In einer prekären Lage befinden sich die Unternehmen der Textilindustrie. Als besonders von importierten Rohstoffen abhängige Branche, die mittlerweile nahezu Weltmarktpreise für Baumwolle bezahlt, ist sie nicht in der Lage, das bisherige Sortiment zu Preisen anzubieten, die der russische Konsument bezahlen kann. Der Ausweg in den Export ist durch fehlende Absatzkanäle, durch Marktzutrittschranken in den potentiellen Abnehmerländern und durch die nicht wettbewerbsfähige Qualität der Produkte versperrt. Insbesondere Produktionskooperationen und Joint-ventures mit westlichen Unternehmen dürften erfolgversprechende Wege sein, um langfristig wenigstens einen Kern der Textilindustrie zu erhalten.

Insgesamt zeichnet sich unter dem Eindruck wachsender finanzieller Restriktionen eine deutliche Umorientierung des Managements von einem versorgungs- zu einem absatzorientierten Denken ab. Russische Unternehmen

¹¹³ Vgl. Interne Arbeitsunterlagen des Expert Institute.

¹¹⁴ Auf Föderationsebene wird durch Abkommen zwischen Regierung, Arbeitnehmern und Arbeitgebern versucht, einen Rahmen für die betriebliche Lohnbildung zu setzen. In den Unternehmen besteht die Möglichkeit, durch betriebliche Tarife eine Lohnstruktur und -höhe festzulegen, die den spezifischen Bedingungen des Betriebes entsprechen. Die Regierung schreibt lediglich die Höhe des Mindestlohnes vor.

¹¹⁵ Nach der Umfrage des Expert-Institute (vgl. Russian Enterprises ..., a.a.O., S. 20) haben 1992 und 1993 nur 10 vH der Unternehmen ihr Sortiment grundlegend, dagegen 65 vH nur unwesentlich geändert. Die Intensität differierte nur unwesentlich bezüglich der finanziellen Lage der Betriebe. Im übrigen hat kein Manager den rückläufigen Absatz auf ein mangelhaftes Sortiment zurückgeführt. Anderen Untersuchungen zufolge sollen Unternehmen ihr Sortiment in der Weise angepaßt haben, daß sie die Produktion verlustbringender Güter eingestellt haben (vgl. Lars Bergström ..., a.a.O., S. 32).

Tabelle 20

Monopolistische Gütermärkte, 1993

Autobusse Motorroller Filmmaterial Kartoffelerntemaschinen Diesel- und Elektrolokomotiven Zementtransporter Synthetische Farbstoffe Diverse Düngemittel
<i>Quellen:</i> Vladimir E. Capelik: Should Monopoly be Regulated in Russia? In: Communist Economies & Economic Transformation. Bd. 6, Nr. 1/1994, S. 19-32; Ekonomika i žizn' Nr. 6/1994 S. 7; Osnovnye pokazateli raboty promyšlennosti za janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994.

gingen mit hohen Lagervorräten in die Transformationsphase; entweder waren Endprodukte unverkäuflich oder Rohstoffe und Vormaterial wurden gehortet, um unregelmäßigen und unpünktlichen Lieferungen vorzubeugen. Gegenwärtig zeichnet sich ein beschleunigter Lagerabbau ab. Der Anteil der Lagerinvestitionen am BIP ist seit 1991 ständig gesunken und betrug im ersten Halbjahr 1994 nur noch 3 vH. Die Konsumgüternvorräte in Handel und Industrie sind im ersten Halbjahr 1994 nominal um 16 vH gegenüber dem ersten Halbjahr 1993 gesunken, was einer realen Halbierung entsprechen dürfte.

Marktformen und Preisbildung

Die Struktur der Gütermärkte in der Russischen Föderation ähnelt noch stark derjenigen in der ehemaligen Sowjetunion; sie ist weiterhin von einem hohen Grad der Monopolisierung und noch bestehenden Elementen zen-

traler Koordination geprägt. Der Großteil der industriellen Produktion konzentriert sich nach wie vor auf wenige, große Unternehmen; ungefähr 2 vH der Industrieunternehmen haben einen Anteil von etwa 40 vH an der gesamten industriellen Produktion. Viele Sektoren sind oligopolistisch strukturiert; sie werden häufig von drei oder vier sehr großen Unternehmen beherrscht¹¹⁶. Bei Disaggregation sektoraler Daten zeigt sich, daß der Konzentrationsgrad auf Märkten für einzelne Güter extrem hoch ist (vgl. Tabellen 20 und 21).

Auch der hohe Grad der vertikalen Integration ist ein Erbe der sowjetischen Planwirtschaft. In sogenannten „Zwerg-Werkstätten“ stellten die Industrieunternehmen einen Großteil der von ihnen benötigten Kleinteile, wie Schrauben und Drähte, selbst her¹¹⁷. So ineffizient diese umfangreichen technischen Kapazitäten in den Unternehmen auch sein mögen, sie können doch die Umgestaltung der jeweiligen Produktpalette erleichtern. Zum Teil haben Investitionsgüterhersteller mit einer Vielzahl kleinerer Investitionen versucht, die Produktion von Konsumgütern zu forcieren und die vertikale Integration abzubauen. Sie haben damit teilweise auch den Konzentrationsgrad auf den Gütermärkten verringert. Bei den Investitionsgütern selbst dagegen scheinen derartige Anpassungsprozesse kaum voranzukommen. Dies liegt zum einen an fehlenden langfristigen Investitionen im ohnehin kapitalintensiveren Investitionsgütersektor, zum anderen haben die Desintegration der ehemaligen Sowjetunion und der allgemeine Produktionsrückgang die generellen Konzentrationstendenzen im Investitionsgütersektor noch verstärkt¹¹⁸.

¹¹⁶ Vgl. Ekonomika i žizn', Nr. 6/1994, S. 7.

¹¹⁷ Vgl. David Dyker, Michael Barrow: Monopoly and Competition Policy in Russia. Royal Institute of International Affairs. London 1994, S. 6.

¹¹⁸ Vgl. Irina Boeva, Tatiana Dolgopiatova: State Enterprises During Transition — Forming Strategies for Survival. In: Anders Aslund (Hrsg.): Economic Transformation in Russia. London 1994, S. 111-126.

Tabelle 21

Oligopolistische Gütermärkte, 1993

	Anzahl der marktbeherrschenden Unternehmen	Marktanteil in vH
Magnetbänder	2	100
Motorstraßenhobel	3	100
Dynamo Stahl	3	fast 100
Kalzinierte Soda	3	92
Reifen für landwirtschaftliches Gerät	4	82

Quellen: Vladimir E. Capelik: Should Monopoly be Regulated in Russia? In: Communist Economies & Economic Transformation. Bd. 6, Nr. 1/1994, S. 19-32; Ekonomika i žizn' Nr. 6/1994 S. 7; Osnovnye pokazateli raboty promyšlennosti za janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994.

Charakteristisch für russische Unternehmen ist die Zugehörigkeit zu meist mehreren regionalen oder sektoralen Organisationen, die die vertikale und die horizontale Integration verstärken. Diese sind häufig Nachfolgeorganisationen der sowjetischen Ministerien und staatlichen Komitees, die früher mit der Planung und Steuerung der Unternehmenstätigkeiten beauftragt waren¹¹⁹. Sie konzentrieren sich zumeist auf das Lobbying, insbesondere mit den Zielen, die alten Strukturen in „ihrem“ Sektor aufrechtzuerhalten, die unternehmerischen Tätigkeiten zu koordinieren¹²⁰ und den Marktzutritt zu erschweren¹²¹. Sie kontrollieren unter anderem auch einen Großteil des Handels, insbesondere in den Regionen, und ermöglichen somit monopolistische Absprachen auch auf oligopolistischen und polypolistischen Märkten¹²².

Die monopolistischen Strukturen werden durch eine Vielzahl von Marktzutrittsbeschränkungen gestützt. Dabei handelt es sich zum Teil um Maßnahmen der örtlichen und regionalen Behörden, die diese bewußt einzusetzen scheinen, um ihre Macht und ihre persönlichen Beziehungen zu erhalten¹²³. So werden Lizenzierungsvorschriften, Transportbeschränkungen oder Sondervergünstigungen in diesem Sinne eingesetzt, oder das jeweilige Marktvolumen wird administrativ zwischen bestimmten Unternehmen aufgeteilt. Darüber hinaus wird der Marktzutritt für neue Wettbewerber durch Preisdiskriminierung behindert. Koordiniert von den zuständigen Organisationen und Verbänden und erleichtert durch den hohen Konzentrationgrad werden in der Regel drei verschiedene Preise festgesetzt¹²⁴: der niedrigste Preis für traditionelle Partner im Staatssektor, ein höherer für neue Partner im Staatssektor und der höchste Preis für Privatunternehmen¹²⁵. Neben der kundenspezifischen Preisdifferenzierung werden verschiedene Arten der Preisabsprache, insbesondere Mindestpreisvereinbarungen, zur Beschränkung des Wettbewerbs eingesetzt. Aber auch vertikale Preisabsprachen, die die Konkurrenzfähigkeit eines Produkts (z.B. gegenüber Importen) sicherstellen und gleichzeitig eine bestimmte Gewinnspanne der beteiligten Unternehmen garantieren sollen, sind weit verbreitet.

Russische Unternehmen verhalten sich bislang in der Regel noch nicht als Gewinnmaximierer. Bei Umfragen nach den vorrangigen Zielen der Unternehmenspolitik werden die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Sicherung der Lohnzahlung an erster Stelle genannt¹²⁶. Gewinne werden fast ausschließlich für Lohnerhöhungen und die Schaffung und Erhaltung von Wohnraum für die Arbeitnehmer verwendet. Bei einer derartigen betrieblichen Zielsetzung sind der unternehmerischen Preispolitik enge Grenzen gesetzt. In der Praxis bestimmen die meisten Unternehmen ihre Preise mit Hilfe der Aufschlagskalkulation, d.h. auf die Produktionskosten wird ein als „normal“ angesehener Prozentsatz aufgeschlagen, der den Gewinn darstellen soll. Nachfragerestriktionen werden dabei so gut wie nicht beachtet. Im Falle von Absatzschwierigkeiten senken die Unternehmen zumeist nicht die Preise, sondern

drosseln entweder die Produktion oder produzieren auf Halde. Ermöglicht wurde ein solches Vorgehen bislang durch den Zugang zu subventionierten Krediten, die Ausweitung der zwischenbetrieblichen Verschuldung und durch die Zurückhaltung fälliger Steuerzahlungen.

Staatliche Regulierungsversuche vermochten bisher nicht, effektiv gegen Markteintrittsbarrieren und monopolistische Strukturen anzugehen¹²⁷. Vielfach werden diese durch solche Regulierungen sogar noch verstärkt. Unternehmen mit einem Marktanteil von mindestens 35 vH sind im sogenannten „Staatlichen Register der Monopolunternehmen“ aufgeführt. Für sie gelten sektorspezifische Rentabilitätsbeschränkungen von 10 bis 50 vH der Kosten. Diese Regelung stellt jedoch für die Unternehmen einen Anreiz dar, durch die Verlagerung von Gemeinkosten (bei mehreren Produkten) oder durch die Hinzurechnung von außerordentlichen Aufwänden zu den Fertigungskosten überhöhte Kosten auszuweisen. Darüber hinaus läßt sich die Rentabilität kurzfristig etwa durch die Einräumung von günstigen Zahlungszielen senken. Die Beschränkung von Monopolrenten ist daher durch diese Regelung kaum möglich. Zudem werden Strafen für Übertretungen dieser Vorschriften erst am Quartalsende fällig, so daß den Unternehmen in der Zwischenzeit ein zusätzlicher Finanzierungsspielraum zur Verfügung steht; dies dürfte insbesondere bei hohen Inflationsraten einen nicht zu unterschätzenden Anreiz zur Übertretung darstellen. Hinzu kommt, daß durch die Rentabilitätsbeschränkung die Attraktivität der entsprechenden Märkte bedeutend reduziert wird. Dies wirkt wie eine Marktzugangsbeschränkung, auch wenn es nur für

¹¹⁹ So ist das Ministerium für materielle Ressourcen in die Aktiengesellschaft „Roskontrakt“ und das Ministerium für die Versorgung der Landwirtschaft in die Aktiengesellschaft „Rosagrosnab“ umgewandelt worden. Vgl. Tigran A. Aslamazjan: Zerschlagung der Monopole — Vordringlichste Aufgabe der Russischen Wirtschaftsreform. In: Problems of International Cooperation. Vierteljahrsberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Nr. 133/1993, S. 251 f.

¹²⁰ Ein Beispiel ist die Gesellschaft „Rosagrosnab“, die 118 Gebietsfiliale und 1 500 lokale Versorgungsbasen von Kolchosen und Sowchosen und somit die gesamte Palette der Industriezeugnisse, die in der landwirtschaftlichen Produktion benötigt werden, kontrolliert. Vgl. Tigran A. Aslamazjan ..., a.a.O., S. 252.

¹²¹ Vgl. Irina Starodubrovskaya: The Nature of Monopoly and Barriers to Entry in Russia. Communist Economies & Economic Transformation. Bd. 6, Nr. 1/1994, S. 7-11.

¹²² Vgl. Vladimir E. Capelik: Should Monopoly be Regulated in Russia? In: Communist Economies & Economic Transformation. Bd. 6, Nr. 1/1994, S. 19-32.

¹²³ Vgl. Irina Starodubrovskaya ..., a.a.O., S. 12.

¹²⁴ Vgl. Irina Boeva, Tatiana Dolgopiatova ..., a.a.O., S. 121.

¹²⁵ Einige Unternehmen setzen ihre Preise auch in Abhängigkeit von der finanziellen Situation ihrer Kunden, etwa die russische Eisenbahn.

¹²⁶ Vgl. Irina Boeva, Tatiana Dolgopiatova ..., a.a.O., S. 111.

¹²⁷ Vgl. Irina Starodubrovskaya ..., a.a.O., S. 8-16; Vladimir E. Capelik ..., a.a.O., S. 22-31.

Unternehmen gilt, die bereits im „Register“ eingetragen sind¹²⁸. Aber auch für neue Unternehmen stellen die Regelungen vielfach einen Wettbewerbsnachteil dar, weil im „Register“ eingetragene Unternehmen mit dem Hinweis auf rapide steigende Kosten häufig leichter zusätzliche Subventionen oder andere Vergünstigungen erhalten konnten¹²⁹.

Solange die Budgetrestriktionen der Unternehmen nicht wesentlich gehärtet werden und die Konkursgesetzgebung nicht strenger gehandhabt wird, dürften auch die Vorschriften gegen Wettbewerbsbeschränkungen wenig erfolgreich sein. Sollte die Restrukturierung der Eigentümerschaft in der zweiten Runde der Privatisierung von einer Abnahme der vertikalen Integration und einer Anpassung der Produktpaletten der Unternehmen begleitet werden, bestünde allerdings die Möglichkeit, daß es zu einer gewissen Entmonopolisierung der russischen Wirtschaft kommt.

Zusammenfassung und Ausblick

Neben der makroökonomischen Stabilisierung spielt die realwirtschaftliche Anpassung eine zentrale Rolle bei der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft. Im Mittelpunkt steht dabei die Ausrichtung der Produktionsstruktur auf interne und externe Knappheitspreise. Der damit verbundene Strukturwandel muß in dem entstehenden marktwirtschaftlichen System vorwiegend dezentral auf der Unternehmensebene erfolgen. Die Betriebe müssen sich von passiven Ausführungsorganen der staatlichen Planbürokratie zu gewinnorientierten Unternehmen entwickeln. Dazu bedarf es einer geeigneten Ordnungs- und Prozeßpolitik; durch die Schaffung von Anreizen und Restriktionen können die Entscheidungen der Unternehmen maßgeblich beeinflusst und kann marktkonformes Verhalten gefördert werden.

Auch 1994 hat die russische Wirtschaftspolitik die Rahmenbedingungen für die Unternehmen nur unzulänglich verbessert und kaum Anreize zu effizienterem Wirtschaften gesetzt. Obwohl die staatlichen Finanzhilfen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungsbemühungen etwas zurückgenommen wurden, werden ressourcenverschwendende staatliche und gemischte Unternehmen auch weiterhin durch Subventionen und verbilligte Kredite am Leben erhalten. Zudem setzte die Regierung ihre Stabilisierungsversuche zumindest zum Teil nur durch Zahlungsverzug durch. Dadurch stiegen die zwischenbetriebliche Verschuldung und die ohnehin eklatante Rechtsunsicherheit. Ordnungspolitische Versäumnisse bestehen nach wie vor im Fehlen eines funktionstüchtigen Konkursgesetzes und in einer Steuergesetzgebung, die von unablässigen, sich oftmals widersprechenden Änderungen geprägt ist, was insbesondere die erfolgreichen Unternehmen belastet. Daneben sind vor allem auch Versäumnisse bei der Regulierung der Finanzmärkte, etwa bei der Bankenaufsicht oder den Investmentfonds, zu nennen. Bei die-

sen unzureichenden institutionellen Rahmenbedingungen verwundert es nicht, daß auch der Anpassungsprozeß in den Unternehmen und in Folge der gesamtwirtschaftliche Strukturwandel nur schleppend in Gang kommen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich von 1990 bis 1994 nahezu halbiert. Von diesem Rückgang war die Industrie besonders stark betroffen, während die Produktionseinbußen in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor schwächer ausfielen, so daß insbesondere die Bedeutung des Dienstleistungssektors erheblich zugenommen hat. Insofern deutet sich ein langsam einsetzender inter-sektoraler Strukturwandel an. Auch innerhalb des Industriesektors ergibt sich bei einer branchenspezifischen Analyse der Produktionsrückgänge ein differenzierteres Bild. Während die Produktion etwa in der Leichtindustrie und im Maschinenbau besonders stark gesunken ist, fielen die Produktionsrückgänge bei der Brennstoffproduktion und bei der Stromerzeugung erheblich geringer aus. Diese Entwicklung ist in dem Maße positiv zu bewerten, wie der Export dieser Produkte als Reaktion auf preisbedingte Rückgänge der heimischen Nachfrage zugenommen hat. Dies ist auch ein Hinweis darauf, daß Rußland seine Produktion zunehmend an seinen komparativen Vorteilen ausrichtet und sich entsprechend in die internationale Arbeitsteilung integriert.

Allerdings hat der ausgeprägte Produktionsrückgang bisher kaum zu einer Stilllegung veralteter Kapazitäten geführt. Stattdessen wurde die Kapazitätsauslastung flächendeckend gesenkt, was mit einer entsprechenden Verringerung der Kapitalproduktivität einherging. Auch bei der Beschäftigung kam es nur zu äußerst geringfügigen Anpassungen, die in keinem Verhältnis zu den jeweiligen Produktionseinbrüchen stehen. Schließlich hat das Investitionsvolumen der Unternehmen erneut stark abgenommen. Allerdings lassen sich auch bei den Beschäftigungsanpassungen und bei den Investitionsausgaben erste Anzeichen einer sektoralen Ausdifferenzierung erkennen. Einen überproportionalen Beschäftigungsabbau gab es wiederum im Maschinenbau, in der Leicht- und in der Baustoffindustrie, während die Beschäftigung im Energie- und Rohstoffbereich sogar stieg. Der im Vergleich zum Investitionsrückgang verhaltene Beschäftigungsabbau (bzw. -anstieg im Energie- und Rohstoffbereich) kann ebenfalls als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß sich der beginnende Strukturwandel auch an der relativen Faktorausstattung Rußlands orientiert.

Die Konversion von Rüstungsunternehmen ist nur langsam vorangekommen. Zwar ging die Produktion von Rüstungsgütern zurück, doch sank zumindest 1994 die zivile Produktion der Rüstungsbetriebe in etwa dem gleichen

¹²⁸ Die Rentabilitätsbeschränkung für ein Unternehmen, das im „Staatlichen Register der Monopolunternehmen“ aufgelistet ist, gilt für alle Produkte des Unternehmens, unabhängig davon, ob es eine marktbeherrschende Stellung innehat.

¹²⁹ Vgl. Vladimir E. Capelik ..., a.a.O., S. 30.

Maß. Relativ erfolgreich waren solche Konversionsprojekte, die sich auf die Produktion von Konsumgütern spezialisiert haben, während sich die Ausrichtung auf Investitionsgüter vor dem Hintergrund der verschärften Investitionskrise als Sackgasse erwiesen hat.

Auch im Dienstleistungssektor sind Tendenzen für eine Veränderung der Branchenstruktur zu beobachten. Von sehr niedrigem Niveau ausgehend haben sich Finanz- und Versicherungsunternehmen dynamisch entwickelt, und zwar quantitativ wie auch qualitativ, d.h. bezüglich des Spektrums der angebotenen Leistungen. In diesen Branchen werden zudem die höchsten Gehälter gezahlt, nicht zuletzt um damit den notwendigen Beschäftigungsanstieg herbeizuführen. Bei den Transportdienstleistungen ist das gesamte Verkehrsaufkommen kontinuierlich gesunken. Allerdings hat auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Produktionsrückgänge insbesondere der Güterverkehr abgenommen, während der Personenverkehr relativ an Bedeutung gewonnen hat. Zudem erfolgte eine Verlagerung vom Flugzeug zur Eisenbahn, die nicht zuletzt durch die unterschiedliche Preisentwicklung und das Absinken des Subventionsniveaus im Luftverkehr ausgelöst wurde.

Die unterschiedliche Produktionsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe und in der Roh- und Brennstoffförderung spiegelt sich auch in einer zunehmenden regionalen Differenzierung wider. Regionen, in denen — wie in einigen Teilen des Nördlichen Wirtschaftsraumes oder Sibiriens — die Roh- und Brennstoffindustrie konzentriert sind, stehen hinsichtlich des Produktionsergebnisses besser dar als die traditionellen Zentren des verarbeitenden Gewerbes, etwa der Ural- oder der Wolgawirtschaftsraum. Die Regierung will auch in Zukunft einzelne Regionen im Rahmen von Entwicklungsprogrammen fördern. Es ist zu befürchten, daß diese Programme die notwendigen Anpassungen der Betriebe in den geförderten Regionen weiter hinauszögern werden.

Der Privatisierungsprozeß wurde weiter beschleunigt. Bis Mitte 1994 sollen etwa 74 vH der kleinen Unternehmen, die vorwiegend im Dienstleistungssektor angesiedelt sind, privatisiert worden sein. Diese Unternehmen sind über Ausschreibungen und andere Formen der Einzelprivatisierung zu etwa 70 vH von ihren Belegschaften erworben worden. Die Voucher-Privatisierung für mittlere und große Unternehmen wurde am 30. Juni 1994 abgeschlossen. Etwa 50 vH dieser Unternehmen sind mittlerweile privatisiert worden. Allerdings gingen die Aktienmehrheiten in 75 vH aller Fälle an die Belegschaften über, außerdem hält der Staat bei mehr als der Hälfte der privatisierten mittleren und großen Unternehmen auch weiterhin mindestens 25 vH der Aktien. Mit dieser Verteilung der Eigentumsrechte sind erhebliche Probleme bei der Unternehmenskontrolle und damit auch bei der Finanzierung der betrieblichen Anpassungsprozesse vorprogrammiert. Zweck der Privatisierung dieser Unternehmen sollte es insbesondere sein, durch neue Eigentümer Finanzmittel für die dringend benötigten Investitionen zu finden. Weder Staat noch Arbeitnehmer sind als neue Eigentümer in ausreichendem

Maße in der Lage, derartige Finanzmittel aufzubringen. Einmal im Unternehmen aufgebaute Machtpositionen des Managements oder der Arbeitnehmer können leicht dazu genutzt werden, externe Investoren aus dem Unternehmen herauszuhalten. Tatsächlich sind die Anteile externer Investoren gering und die Anteile ausländischer Investoren sogar äußerst gering.

Inwieweit die Privatisierung zur Entwicklung des Privatsektors insgesamt beigetragen hat, ist wegen statistischer Erfassungs- und Abgrenzungsprobleme schwer abzuschätzen. Offizielle Angaben, nach denen im ersten Halbjahr 1994 etwa 58 vH des BIP außerhalb des staatlichen Sektors erstellt wurden, beruhen vor allem auf der Einbeziehung von sogenannten gemischten Unternehmen, an denen der Staat noch immer beteiligt ist. Der Anteil der rein privaten Unternehmen wird auf lediglich 23 vH des BIP geschätzt. Allerdings gibt es erhebliche sektorale Unterschiede. So erreichten Privatunternehmen im Dienstleistungssektor, in der Bau- und in der Landwirtschaft überdurchschnittlich hohe Anteile, während sich ihr Anteil an der Industrieproduktion auf lediglich 7 vH belief.

Ein Großteil der in Privatbesitz befindlichen Betriebe sind Kleinunternehmen. Ihre Bedeutung ist seit 1990 sprunghaft gestiegen, was neben der damit verbundenen Änderung der Eigentumsstruktur der russischen Wirtschaft auch eine Änderung ihrer Größenstruktur widerspiegelt. Allerdings haben Kleinunternehmen mit erheblichen Problemen zu kämpfen; insbesondere ist ihnen der Zugang zu Krediten weitgehend versperrt. Obwohl es erklärtes Ziel der Regierung ist, private Kleinunternehmen zu fördern, hat die Wirtschaftspolitik bisher kaum zu ihrer Stärkung beigetragen. So werden zwar auf der einen Seite Steuervergünstigungen gewährt und in geringem Umfang Fördermittel zur Verfügung gestellt, auf der anderen Seite aber werden dieselben Unternehmen mit zahlreichen Abgaben an föderale und regionale Fonds belastet, so daß sie insgesamt in erheblichem Maße zur Finanzierung der Staatsausgaben und der Defizite der großen staatlichen Unternehmen herangezogen werden.

Das Engagement ausländischer Investoren hält sich angesichts der Größe des russischen Binnenmarktes und der reichlichen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen bisher in vergleichsweise engen Grenzen. Die größten Anteile am spärlichen Zufluß ausländischer Direktinvestitionen konnten die Erdölindustrie, der Handel und die Metallverarbeitung auf sich vereinigen. Es scheint, daß sich ausländische Investoren gegenwärtig noch am Fehlen einer verlässlichen Wirtschaftspolitik, an den inkonsistenten rechtlichen Rahmenbedingungen, an der Sprunghaftigkeit der Steuergesetzgebung und an der völlig unzureichenden Infrastruktur stören. Sie ziehen es deshalb vor, zunächst Repräsentanzen einzurichten, um frühzeitig auf dem potentiell prosperierenden Markt vertreten zu sein. Langfristige und kapitalintensive Investitionen werden dagegen in die Zukunft verschoben. Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Wirtschaftspolitik dürfte selbst eine nachhaltige Verbesse-

rung der Standortbedingungen für ausländische Direktinvestitionen erst mittelfristig einen deutlichen Anstieg des Engagements ausländischer Unternehmen bewirken.

Für Großunternehmen sind die Finanzierungsspielräume im Laufe des vergangenen Jahres durch Maßnahmen wie die Kürzung von Subventionen und Vorzugskrediten eingeengt worden. Die Unternehmen haben darauf allerdings weniger mit marktkonformen Maßnahmen wie Beschäftigungs- oder Kapazitätsabbau reagiert als vielmehr mit der Kürzung oder Einstellung von Zahlungen an den Staat, an Lieferanten und an die eigene Belegschaft. Entsprechend kam es zu einem starken Anstieg der Steuerrückstände, einer explosionsartigen Ausweitung der zwischenbetrieblichen Verschuldung sowie zu teilweise mehrmonatigen Verzögerungen bei den Lohnzahlungen. In dieser Situation erwies es sich als nahezu unmöglich, Investitionen zu finanzieren, zumal Bankkredite als langfristige Finanzierungsinstrumente wegen der noch immer zu hohen und volatilen Inflationsraten und wegen der ungenügenden rechtlichen Möglichkeit zur Stellung von Sicherheiten kaum zur Verfügung stehen. Die starke Position der Belegschaften in den teilprivatisierten Unternehmen nährt zudem die Befürchtung, daß auch in Zukunft eine Investitionsfinanzierung über einen erheblichen Abbau der Beschäftigung und damit der Lohnkosten in der Regel nicht

zustande kommen wird. Zugleich verringern die hohen Eigentumsanteile von Management und Arbeitnehmern die Attraktivität solcher Unternehmen für externe Investoren, die in der zweiten Privatisierungsrunde direkt Anteile erwerben wollen. Sollten externe Investoren dabei nicht in der Lage sein, mit dem Erwerb von Anteilen die Kontrolle über ein Unternehmen an sich zu ziehen, werden sie kaum in ein solches Unternehmen investieren.

Insgesamt ergibt sich eine Entwicklung, in der sich ein privatwirtschaftlich organisierter Unternehmenssektor herausbildet und Unternehmen ansatzweise damit beginnen, marktwirtschaftliche Verhaltensweisen zu übernehmen. Folge davon sind unter anderem erste Ansätze eines inter- und intrasektoralen Strukturwandels. Einer positiveren Entwicklung des Unternehmenssektors steht allerdings noch immer die sprunghafte, unberechenbare und zum Teil inkonsistente Wirtschaftspolitik im Wege. Insbesondere den erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen bürdet die von der Regierung fortgesetzte Subventionierung maroder Staatsbetriebe erhebliche Finanzierungslasten auf und behindert damit deren weitere Entwicklung. Da das Insolvenzrecht ein Instrument zur Vermeidung von Insolvenzen bleibt und damit keine glaubwürdige Konkursdrohung besteht, fehlt für unrentable Unternehmen der wichtigste Anreiz, sich marktkonform zu verhalten.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. (3 428 05154 8). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. (3 428 05255 2). DM 44,— / öS 344,— / sFr 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. (3 428 05494 6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartzau. 203 S. 1983. (3 428 05485 7). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. (3 428 05497 0). DM 198,— / öS 1.545,— / sFr 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. (3 428 05638 8). DM 44,60 / öS 348,— / sFr 45,—.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. (3 428 05799 6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3 428 05800 3). DM 19,80 / öS 155,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3 428 06201 9). DM 56,— / öS 437,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3 428 06311 2). DM 54,— / öS 422,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3 428 06387 2). DM 82,60 / öS 645,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. (3 428 07253 7). DM 62,— / öS 484,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3 428 07380 0). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3 428 07479 3). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3 428 07521 8). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3 428 07984 5). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3 428 08018 1). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3 428 08075 0). DM 76,— / öS 593,— / sFr 76,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 8 97 89-0 — Telefax (0 30) 8 97 89 200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —